Nr. 267 — Halle a. S., Dienstag den 14. November 1905. — Jahrg. 16.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,95 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Ums Wahlrecht in Preußen!

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen. Nun wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für jedermann.

Das Lied der Wiener Straße.

Am 28 November tritt der preußische Landtag zusammen, das Parlament des elendesten Wahlsystems der Welt. Und auf seiner Tagesordnung steht die konfessionelle Schule.

In halb Europa marschiert die Revolution; im Süden Deutschlands erobert sich die Idee des allgemeinen gleichen Wahlrechts schrittweise den Boden. Allüberall, hier in wilden Stürmen, dort im Rahmen der gesetzlichen Ordnung, beginnen sich die Völker auf den Bahnen der Freiheit zu höheren Zielen emporzuheben. Von allen Regierungen der Welt ist die preußische die allereinzige, die in solcher Zeit einen Schritt nach rückwärts wagt:

In Rußland ist durch den Sturz Pobjedonoszews die Herrschaft der Duchowenstwo, der russischen Klerisei, gebrochen. In Frankreich vollzieht sich die Trennung des Staates von der Kirche. Inzwischen aber sind die Pobjedonoszews Preußens desto eifriger am Werke, den Staat noch fester an die Kirche zu halten, den Lehrer noch tiefer unter die Oberherrschaft der Geistlichen zu bringen, die Kinder der Armen vollends in einer engherzigen Lehre aufzuerziehen, an die die Eltern der Reichen, obwohl sie heuchlerisch das Knie vor ihr beugen, längst nicht mehr glauben.

Selbst das katholisch-klerikale Oestreich besitzt seit den sechziger Jahren eine allgemeine Volksschule, in der außerhalb der eigentlichen Religionsstunden, die Trennung der Kinder nach Konfessionen streng verpönt ist. Das Sehnen der Liechtenstein und Ebenhoch nach der konfessionellen Schule wird dort ewig unerfüllt bleiben; jeder Versuch, es zu verwirklichen, scheitert an dem geschlossenen Widerstand des Proletariats.

Doch was kümmert sich Preußen um Rußland und Frankreich, um Oestreich, um Bayern — es bewahrt seine nationale Eigentümlichkeit. Heißt es hier freies Wahlrecht, dort konfessionslose Schule, so proklamiert man in Preußen die konfessionelle Schule durch das Dreiklassenwahlrecht.

Ueber das geistige Schicksal von Millionen Arbeiterkindern soll entschieden werden von einem Parlament der Großgrundbesitzer, der Unternehmer, der Kommerzienräte und der geistlichen Herren, von einem Parlament, in dem auch kein einziger Vertreter der arbeitenden Klasse sitzt!

Es liegt eine ungeheure Aufreizung in diesem Gedanken, wie immer man sich zu den religiösen Fragen der Zeit stellen mag. Ist es nicht stets die Kirche gewesen, die die Kinder für sich forderte unter dem Vorwande, daß es so der Wille der Eltern sei Gegen die unkirchliche Staatsschule, ja gegen den staatlichen Schulzwang überhaupt, haben die Vertreter aller Kirchen immer mit der Behauptung operiert, daß solche Art staatlicher Erziehung die Kinder von ihren Eltern reiße und das göttliche Recht der Eltern an ihren Kindern beeinträchtige. Kann sich aber die Kirche mit Hilfe der staatlichen Gewalt und eines Parlaments der Reichen der Kinder bemächtigen, so wird der alte Text gleich umgekehrt gelesen! Vom Rechte der Eltern an ihren Kindern wird man in den Debatten des preußischen Landtages kein Wort lesen, wenn nicht die Forderung dieses Rechts von draußen her mit Donnerstimme ertönen wird.

Es wäre von dringendem Interesse, einmal statistisch festzustellen, wie viele von den Herren, die über das Schicksal der preußischen Volksschule entscheiden sollen, sich für ihre eigenen Kinder mit dieser Volksschule begnügen wollen. Es erwächst ihnen kein Vorwurf daraus, wenn sie es nicht tun; denn es ist menschlich nur selbstverständlich, daß sie bestrebt sind, ihren eigenen Kindern alle Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Aber empörend ist es, daß diese Väter, die ihre Kinder zu Hause unterrichten lassen, sie an die Gymnasien und die Universitäten schicken, sich zu politischen Vormündern aufwerfen über die Kinder der Armut, die sie in die Kirchenschule sperren und mit geistigen Bettelsuppen abspeisen wollen!

Die Arbeiter Preußens würden ihre Pflicht gegen ihre eigenen Kinder gröblich vernachlässigen, wenn sie nicht alle ihre Kräfte aufbieten würden, um das Recht an ihren Kindern zu erobern, das ihnen die bürgerliche Gesellschaft vorenthält. Dieses Recht können aber die Arbeiter nicht anders erobern, als dadurch, daß sie den Einfluß auf die Staatsgewalt zu erringen suchen, der ihnen zusteht. Sie können den Kampf gegen die Konfessionsschule, den Kampf gegen die geistige Knebelung ihrer Kinder nicht anders führen, denn als einen Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht.

Was können die herrschenden Klassen Preußens den Arbeitern antworten, wenn sie jetzt und unter dem gegenwärtigen Umständen vor sie hintreten und das gleiche Wahlrecht fordern. Haben doch diese herrschenden Klassen selbst, indem sie sich auf die Volksschule stürzten, dafür gesorgt, daß der Kampf um das gleiche Wahlrecht zu einem Kampf um das einfachste, natürlichste Menschenrecht geworden ist, um ein „göttliches Recht" sogar, wie die Priester sagen. Was können sie den Arbeitern sagen, wenn diese ihnen zurufen: „Wir wollen mit dabei sein, wenn über das Wohl und Wehe beraten wird, des Besten, des Heiligsten, das wir besitzen, um das Wohl und Wehe unserer eigenen Kinder! Das bürgerliche Gesetzbuch fordert von uns die Erfüllung unserer Elternpflichten, deren Verletzung das Gesetz mit Recht bestraft, deren Vernachlässigung die gesellschaftliche Meinung mit Recht ächtet. Wohlan denn, wir erfüllen unsere Elternpflicht, indem wir Einspruch dagegen erheben, daß die Entscheidung über die Kinder des Volkes uns, dem Volke, entrissen wird. Im Namen unserer höchsten Pflichten fordern wir das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht!"

Die Macht wird ihre Faust ballen, aber ihr Mund wird nur verlegene Ausflüchte stammeln; denn alle menschliche Vernunft und alles menschliche Empfinden zeugt mit lauter Stimme gegen sie.

Die Arbeiter Preußens werden die unbezwingliche logische und sittliche Position, die ihnen ihre Gegner im Wahlrechtskampfe verschafft haben, auszunützen wissen. Jetzt, wenn jemals, ist für sie die Zeit gekommen, sich des Rufes zu erinnern, den Ferdinand Lassalle einst an sie ergehen ließ:

„Organisieren Sie sich zu dem Zwecke einer gesetzlichen und friedlichen, aber unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Debattieren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Je mehr das Echo Ihrer Stimme millionenfach widerhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck desselben sein."

„Wiederholen Sie täglich, unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht."

„Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren, und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt, oder damit im Zusammenhang steht und dazu führen kann."

„Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. **Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!"**

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 13. November 1905.

Frech und pharisäisch.

Diese Ausdrücke können mit Fug und Recht auf das Verhalten der „deutsch-nationalen" Studenten in Jena angewandt werden. Nachdem sie in der bekannten flegelhaften Weise die russisch-jüdischen Studenten angerempelt hatten, und nachdem diese sich in einer durchaus würdigen und ruhigen Weise gegen die pharisäischen Anklagen der deutschen Bourgeoissöhnchen verwahrt hatten, besaßen die edlen Jenenser Musenjünger die Stirn, am letzten Donnerstag eine „Protest"-Versammlung gegen das „anmaßende" Auftreten der russischen Studenten abzuhalten. In dieser Versammlung leisteten sich die Herren des Sauf- und Fechtkomments das Menschenmög-

---

34]

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Th. Mügge.

„Noch schwankt die Wage," sprach der Baron lächelnd, indem er seine Augen in Lornsens Gesicht bohrte. „Es bieten sich ein paar Partien, bei denen ich Karolinen freie Wahl lasse, doch heut' muß sie sich entscheiden."

„Fräulein Karoline wird ihrem Herzen folgen," sagte Lornsen.

„Ihrem Herzen!" wiederholte der Staatsrat spöttisch. „Meinen Sie? Das Herz ist das wandelbarste Ding, ein Mädchenherz ein Sack voll Torheiten. Ich kenne jedoch Lina besser. Das bloße Empfinden und in Liebesnot dumme Streiche machen, hat keine Gewalt über sie. Das werden Sie auch von ihr glauben, lieber Freund, daß sie nicht vergessen kann, wer sie ist und wohin ihr Weg geht. Einem untergeordneten Menschen kann Lina sich niemals leichtsinnig verzetteln, um Schande und Reue über sich und mich zu bringen. So bin ich denn ganz ruhig, ganz sicher und kümmere mich nicht im geringsten um die kleinen Betisen des Lebens. Ich überlasse es ihr getrost, über sich zu bestimmen, ich weiß, daß ich es kann. Apropos, haben Sie Kammerherr Brandén gesehen?"

Lornsen verneinte es.

„Der hat mit seiner Erbschaft viel zu tun," lachte Hammersteen. „Ein trefflicher Mann voll Gemüt und Talent; und dabei jetzt sehr vermögend, imstande, allen seinen Neigungen zu folgen. Geburt und Geld, lieber Lornsen, das sind die Genien, die eines Menschen Leben umschweben müssen, wenn er nach allen Kränzen die Hand ausstrecken darf. Wo diese Schutzgeister fehlen, muß man bescheiden sein oder viel Glück und viel Geist besitzen. Nun, kommen Sie recht bald zu uns und seien Sie fleißig."

Als er hinaus war, legte Lornsen den heißen Kopf in seine Hand und blickte lange über Land und Meer, der sinkenden Sonne nach. „Laßt sehen," rief er dann, „ob ich Glück und Geist genug besitze, um Eure Genien entbehren zu können." Und er ergriff ein Papier und begann seine Arbeit.

9.

Eine ganze Woche lang hatte Lornsen sich nicht im Hause des Staatsrats sehen lassen, er war aufs eifrigste mit der Denkschrift beschäftigt; als sie jedoch vollendet war, empfing Hammersteen eine saubere Abschrift mit der Bitte, sie zu lesen und ein Urteil darüber zu fällen.

Am nächsten Tage erfolgte die Antwort. Der Staatsrat ersuchte Lornsen, zu ihm zu kommen und mittags der Gast der Familie zu sein, da er hoffe, ihm allerlei gute Dinge vorsetzen zu können.

Eine Wolke schwermütiger ernster Gedanken lagerte auf Lornsens Gesicht. Er hatte keine Nachricht von Lina erhalten, und viel zu stolz, um irgend einen Versuch zu machen, durch seine Annäherung auf ihre Entschlüsse einzuwirken, hatte er es vorgezogen, nichts zu tun, was zwingend für sie sein könnte. Die Worte des Barons, daß Lina einem untergeordneten Menschen sich niemals leichtsinnig verzetteln könne, hatten sich ihm wie in Erz eingegraben, denn keinen Augenblick zweifelte er daran, welche Bedeutung sie haben sollten. Er war überzeugt, daß der Baron die Szene im Garten gesehen hatte, daß er recht gut wußte, was zwischen ihm und Lina vorgefallen war; doch statt zürnend zwischen sie zu treten, zog der staatskluge Vater es vor, in seiner Weise die Karten zu mischen.

„Sie soll nichts bereuen," murmelte Jens zum tausendsten Male düster vor sich hin, als er vor der Tür des Barons stand; dann wischte er den Ernst von seiner Stirn, und als er bei einem der großen Wandspiegel vorüberging, lachte er über seine treffliche diplomatische Vervollkommnung, denn er sah in der Tat heiter und unbefangen aus, während sein Herz in heftigen Schlägen pochte.

Der große Wagen des Staatsrats stand angespannt im Hofe. Er war eben zu Haus gekommen und empfing Lornsen, den Hut in der Hand und in Uniform, oben an der Treppe.

„Mein lieber Lornsen," rief er ihm entgegen, „herzlich erfreut, Sie zu begrüßen. Sie sehen mich noch mit Stern und bordiertem Rock; ich komme von Sr. Majestät. Gestern abend habe ich dem König Ihr Promemoria übergeben, er hat sich sogleich damit beschäftigt; Sie wissen, es ist seine Art, unermüdlich zu sein und trotz seines Alters bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten und zu lesen. Es ist nun am besten, wenn ich Ihnen die eigenen Aeußerungen des Königs wiederhole. Wie alt ist der Lornsen? fragte er mich. Einige dreißig Jahre, Majestät. Es muß viel Feuer und Leidenschaft in diesem Manne sein, aber er ist ein vortrefflicher Kopf, ein Mann von gediegenen Kenntnissen und großen Fähigkeiten. Die Arbeit ist ausgezeichnet, der Kronprinz soll sie lesen. Sagen Sie dem Lornsen, daß ich ihm danke und mich seiner erinnern werde. Wenn er etwas will, soll er zu mir kommen, es wird mir überhaupt angenehm sein, ihn zu sprechen. Sagen Sie ihm das."

„Der König ist gnädig," sagte Lornsen.

„Er ist gerecht," versetzte Hammersteen; „Ihre Arbeit ist wirklich meisterhaft, scharf, klar und überzeugend — bis auf die Verteidigung Ihrer Ansichten vom Staatsrecht der beiden Herzogtümer," fügte er lächelnd hinzu. „Das ist es, was Se. Majestät als Feuer und Leidenschaft bezeichnete, doch das wird sich geben. Die nächste Aufgabe ist nun die, den Kronprinzen zu interessieren; dazu aber wird eben jenes leidenschaftliche Feuer nicht wenig beitragen. Vor zwei Stunden hat er die Denkschrift erhalten, und nun machen Sie sich darauf gefaßt, lieber Freund, gerufen zu werden. Sie sehen, alles ist jetzt wohl eingeleitet und im besten Gange des Gelingens. Sind Sie persönlich mit den Herrschaften bekannt, so legen magische Schlingen sich um Ihre Füße und tragen Sie empor zu den Göttertafeln, wo Nektar und Ambrosia bereit stehen."

Der Eindruck, welchen diese Mitteilungen auf Lornsen machten, war kein sichtbarer, dennoch aber war er bedeutend genug. Ein ehrgeiziges Feuer brannte tief in ihm und mischte sich mit seiner Liebe zu Lina. Er wußte, daß seine Kühnheit nur Verzeihung finden könnte, wenn er durch Rang und Stellung dazu berechtigt werde, und stolz und mutig wie er war, hob er den Kopf hoch empor, als der Staatsrat mit seinem feinen, beobachtenden Blicke ihn betrachtete.

„Ich bin zwar nicht gewöhnt," sagte Lornsen, „auf den Parketts königlicher Gemächer zu gehen, allein ich hoffe, wenn ich die Ehre habe, den König oder den Prinzen zu sprechen, mich dessen würdig zu beweisen; sollte ich auch bei Hofleuten Gegenstand ihrer Anmerkungen werden."

„Dafür sorgen Sie nicht," rief Hammersteen lachend. „Sie sind etwas steif und gerade, Ihr Tritt ist fest, Ihre Sprache laut und tief, das alles kann den Vorzimmern nicht gefallen. Kümmern Sie sich aber nicht darum; Kammerlakaien-Manieren sind für gewisse Geschöpfe Gewissenssache; doch auch die Könige wollen zuweilen mehr und sehen es gern, wenn man sie menschlich behandelt, wäre es auch nur des Hautgouts wegen, der den Appetit reizt. Der König ist ein einfacher Mann, reden Sie mit ihm von der Leber weg, ohne zu vergessen, wer er ist; der Prinz wird Ihnen selbst schon auf den rechten Weg helfen. Aber es ist merkwürdig, daß mir Lina fast dasselbe gesagt hat. Den betreßten Menschen, die ewig zu lächeln und sich zu bücken wissen, wird Lornsen nicht gefallen, sagte sie, doch ich bin überzeugt, daß der König sowohl wie der Prinz ihn mit Hochachtung entlassen und wiedersehen werden."

„Diese gute Meinung werde ich nicht zuschanden werden lassen," erwiderte Jens.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0001
DFG

rühmte im patriotischen Phrasendrusch und waren taub gegen das vernünftige Zureden eines Universitäts-Professors. Die „gebildeten" Herrchen beschlossen eine neue Eingabe an den Senat der Universität, in der sie von neuem ihrer bornierten Wut gegen die fleißigen und ruhigen Ausländer Ausdruck gaben.

Die alten Burschenschaften, die einst die Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheitsideale waren und die einst für die Freiheitskämpfe der Polen und Griechen schwärmten, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie von dem fatzkenhaften Renommier-Patriotismus der heutigen Studenten hören. Die ganze „nationale" Kläfferei der Jenenser studierenden Maulhelden entspricht dem Kulturniveau, auf dem die Brandreden des Dreschgrafen Pückler stehen. Die „Blüte der deutschen Jugend" in Jena kann auf ihre kulturelle und geistige Reife stolz sein.

Aufschwung vor dem Niedergang.

Die dieser Tage erfolgte weitere Erhöhung des Reichsbank-Diskonts auf die ungewöhnliche Höhe von 5½ Proz., nachdem derselbe erst am 11. v. M. auf 5 Proz. erhöht worden war, deutet auf einen starken industriellen Aufschwung, dem eine starke Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln für die Bedürfnisse der erweiterten Produktion entspricht.

Daran ist wesentlich die Beendigung des ostasiatischen Krieges beteiligt, seit welcher die Unternehmungslust wieder beträchtlich emporschnellte. Das bestätigt auch die Statistik über die Kohlen- und Eisenindustrie, die das Rückgrat der gesamten Industrie bildet. Es sei nicht allein der Wille zum Aufschwung sondern der tatsächliche Aufschwung zu konstatieren, schreibt der Oekonomist der N. F. Presse. Schlägel und Eisen sind mächtig an der Arbeit, um dem Boden und der Tiefe Schätze abzugewinnen, aus Tausenden von Fabrikschornsteinen steigt Tag und Nacht der Rauch empor, in den Kontoren, auf den Bahnhöfen, an den Hafenplätzen emsige Tätigkeit.

Aber dennoch hängt der Himmel des großkapitalistischen Unternehmertums keineswegs voller Baßgeigen. Mancherlei Wolken dunkeln daran und der dunkelsten eine ballt sich aus den Handelsverträgen zusammen, deren Inkrafttreten immer näher rückt.

Dieser Umstand selbst schon muß den Optimismus von einer natürlichen Hochkonjunktur bedeutend herunterstimmen. Denn die Annahme ist begründet, daß die Produktion über den Bedarf hinaus forziert wird, um möglichst viele Waren noch vor dem Termin der neuen Tarife über die Grenzen zu bringen, wie auch umgekehrt ausländische Erzeugnisse massenhaft auf Vorrat importiert werden. Auf diese außerordentliche, nicht in ökonomischen Faktoren bedingte Anspannung muß dann selbstverständlich, da früher, dort später, eine entsprechende Erschlaffung folgen.

Wozu dann noch die verteuernde Wirkung der neuen Tarife selbst tritt, die gleich verhängnisvoll für den Import wie den Export, und wovon, wie immer, die arbeitende Bevölkerung am härtesten betroffen werden muß; teuere Lebensmittel und Gebrauchsartikel bei verminderter Arbeitsgelegenheit; eine Doppelkalamität, die sich wider das Proletariat heranwälzt.

Als das größte Unglück, das die deutsche Industrie und mit ihr natürlich die deutsche Arbeiterschaft jemals betroffen hat, erklärt in der Freis. Zeitung ein Arbeitgeber, die Bülowschen Handelsverträge. Gewöhnliche Krisen, führt er aus, seien etwa mit einem Influenza-Anfall zu vergleichen, der, ob noch so störend und quälend, doch vorübergeht. Die Krise aber, welche die neuen Handelsverträge hervorrufen müssen, seien mit einer Amputation zu vergleichen, das abgenommene Bein wächst nicht mehr nach, der Operierte kann nur noch auf einem Bein durchs Leben hinnpeln.

Den Beweis führt er an der Statistik der Maschinenindustrie für das Jahr 1903. Ein Fünftel aller Maschinen, Instrumente und Apparate eingeschlossen, die Deutschland exportiert, ging nach Rußland. Der Wert betrug rund 73 Millionen Mark. Bei der bedeutenden Erhöhung der Zollsätze im neuen Tarif für nicht landwirtschaftliche Maschinen (deren Zoll nicht erhöht ist) werden nun nach seiner sachkundigen detaillierten Berechnung keinesfalls mehr als für 13 Millionen vorhin exportiert werden können. Das bedeutet für die deutsche Maschinenindustrie einen Ausfall von 60 Millionen Mark. Hierin soll etwa ein Drittel an Arbeitslöhnen stecken. Der Metallarbeiterschaft werden demnach 20 Millionen Mark an Löhnen entgehen. Nehme man das Jahreseinkommen eines Metallarbeiters auf 1400 bis 1500 Mark an, so ergibt sich allein bei diesem Exportzweig, daß ca. 15 000 Metallarbeiter durch die neuen Handelsverträge beschäftigungslos werden.

Daß die neuen Zollsätze hier tatsächlich prohibitiv (d. h. die Ausfuhr erschwerend) wirken müssen, läßt sich daran ermessen, daß z. B. für Werkzeugmaschinen nach Rußland, also für Maschinen, deren Wert 60 Mark pro 100 Kilo ist, an der Grenze 50 Mark Zoll pro 100 Kilo zu zahlen sind! Eine deutsche Drehbank würde in Rußland durch Zoll und Fracht mindestens das Doppelte kosten wie in Chemnitz oder Düsseldorf.

Mit anderen Exportländern liegt die Sache zwar nicht ganz so schlimm, aber immer noch schlimm genug.

Es versteht sich, daß alsdann nur sehr kapitalkräftige Unternehmer ihre Betriebe werden aufrecht erhalten können, während eine große Zahl von Maschinenfabriken ihren Betrieb einstellen muß.

Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Agrarier, welche schon jetzt in der Vorstellung schwelgen, daß die Scharen von beschäftigungslos gewordenen Arbeitern auf das platte Land zurückströmen, zu den Süßigkeiten der ostelbischen Gesindeordnung. Vielleicht aber und hoffentlich kommt es auch anders. Vielleicht ist die wirtschaftspolitische Staatskunst des jetzigen Reichskanzlers von der historischen Entwicklung dazu bestimmt, den Bogen so zu überspannen, daß er bricht!

Freisinns-Zorn.

Im Wahlkreise Eisenach ist der unterlegene Kandidat der Freisinnigen furchtbar über den glücklichen antisemitischen Nebenbuhler Schack erbittert. Die freisinnige Eisenacher Tagespost richtet gegen die antisemitische Agitation die heftigsten Angriffe; sie schreibt:

> Für das, was nun logisch folgen wird, sind im wesentlichen die gemeingefährlichen, skrupellosen Hetz-Agitatoren und Macher der antisemitisch-bündlerischen Kandidatur verantwortlich zu machen, die unter dem schwindelhaften Vorgeben, die vereinigten nationalen Parteien zu sein, den Wahlkreis durch eine beispiellose Agitation viele Wochen hindurch ununterbrochen durchwühlten. Systematische Volksbearbeiter, die in dem kleinsten Orte zwei bis drei Versammlungen abhielten, sich die Wahllisten aller Gemeinden verschafften und jedem einzelnen der etwa 22 000 Wähler des Wahlkreises durch massenhafte Reklamesendungen, Briefe, Flugblätter und Bücherpräsente alle nur denkbaren und undenkbaren Versprechungen machten, sind dafür verantwortlich, wenn jetzt der Wahlkreis eine sozialdemokratische Vertretung erhält. Neben der ekeln Agitationsmache, zu der aus der Kasse des Bundes der Landwirte die ungeheuerlichsten Summen geflossen sind, haben die Verfechter der Kandidatur Schack in der schmutzigsten Weise die politischen Gegner angegriffen, heruntergerissen, beschimpft und schamlos verleumdet. Die verdiente Quittung für dieses Gebaren wird hoffentlich nicht ausbleiben.

Die „verdiente Quittung" soll der Durchfall Schacks und der Sieg unseres Genossen Leber bei der Stichwahl sein. Aber aber! Wird auch der Rachedurst der Freisinnigen anhalten? Nach den bisherigen Erfahrungen schwerlich. Es ist noch eine geraume Zeit bis zum Stichwahltage, und bis dahin kann der liberale Manneszorn längst verraucht sein. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die große Mehrzahl der Freisinnigen trotz aller Empörung den antisemitischen Stimmzettel in die Urne legen; ihre Geldsack-Interessen machen sie eben zu Bundesgenossen der übrigen Besitzenden.

„Mein geworden!" In Anwesenheit des jungen Königs von Spanien hielt Wilhelm II. bei der Vereidigung der Garde-Rekruten am 7. November eine Rede, deren Text erst jetzt veröffentlicht wird. Welche Instanzen dieser Text passieren mußte, bevor er den Zeitungen zugestellt wurde, ist nicht bekannt. So wie die Rede veröffentlicht wird, enthält sie im allgemeinen nichts, was sie unter den Kundgebungen des deutschen Kaisers besonders auffällig machen würde. Interessant, wenn auch nicht aus dem Rahmen des Gewohnten herausfallend, ist eigentlich nur ein Satz der Ansprache, welcher lautet:

> Ihr seid durch den Eid, den Ihr angesichts dieser glorreichen Feldzeichen abgelegt habt, **mein geworden.**

Diese starke Betonung des persönlichen Herrscherrechts dürfte den jungen Spanier, dessen Volk starke republikanische Neigungen hat und auch sonst den König im besten Fall als den derzeit verfassungsmäßigen Vertreter der Gesamtnation zu betrachten gewohnt ist, einigermaßen überrascht haben.

Keine Schule, keine Schiffe! Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sucht die Beschwerden der Nationalliberalen über ihre Zurücksetzung beim Schulhandel dadurch zu beschwichtigen, daß sie erklärt, die Regierung habe in den letzten Monaten überhaupt mit keiner Partei verhandelt. Dagegen spricht die Tägliche Rundschau die Vermutung aus, daß Herr Studt einstweilen mit dem Zentrum gekuhhandelt haben dürfte, dem man wohl neue Konzessionen machen wolle, um es für die Flottenvorlage gefügig zu machen.

Wenn das Volk der Regierung die Flotte gibt, so schenkt ihm die Regierung dafür die Konfessionsschule! Ein treffliches Geschäft! Und Herr Spahn spielt den ehrlichen Makler.

Ironie der Weltgeschichte. Unser Königsberger Volksblatt schreibt: Wie Genosse Skubik, der bekanntlich beim Königsberger Prozesse eine Rolle spielte, meldet, ist er in Riga aus der Gefängnishaft befreit worden. Die Verhandlung gegen ihn sollte in der nächsten Zeit in Petersburg stattfinden. Nun ist der „gefährliche Hochverräter" frei, während hier in Preußen die Personen, die ihm angeblich in seinem „hochverräterischen Treiben" unterstützt haben, sich hinter Schloß und Riegel befinden. Die Genossen Mertins-Tilsit und Pätzel-Berlin verbüßen gegenwärtig ihre dreimonatliche Gefängnisstrafe, die ihnen im Königsberger Prozeß, der zur Rettung des russischen Absolutismus angestrengt war, zudiktiert wurde. Schon damals erlitten die Freunde des Zaren eine schwere Niederlage. Jetzt durch die Befreiung des Genossen Skubik ist sie noch vernichtender geworden. So mußte es kommen.

„Schonung" beim Militär. Wegen Mißhandlung bezw. vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen wurde vor dem Kriegsgericht der ersten bayrischen Division der Unteroffizier des Ersten schweren Reiterregiments, Joseph Schupfall, ein Zimmerer aus Titimonning, freigesprochen. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er den Reiter Ritzinger, der sich am 1. Juli an den Folgen eines früher erlittenen Unfalles zum Arzt meldete, am gleichen Tage morgens beim Frühstalldienst den Befehl gab, mit zwei gefüllten Tränkeimern Kniebeuge zu machen, und als er diesen Befehl infolge großer Schmerzen in der linken Kniescheibe nicht ausführen konnte, mit zwei gefüllten Eimern in militärischer Haltung am Brunnen stehen ließ. Sodann wies der Unteroffizier den Reiter aus dem Stall und ließ ihn auf dem Hofe langsamen Schritt machen, wobei er die Hände auf den Rücken legen mußte, worauf der dazugekommene Vizewachtmeister den Unteroffizier zur Rede stellte und die Uebung beendete. Der Unteroffizier stellte die Mißhandlungen in Abrede, der mißhandelte Reiter Ritzinger nahm sie auf seinen Eid; der Vizewachtmeister, der Zeuge der vorschriftswidrigen Behandlung war, schildert den mißhandelten Reiter als unglaubwürdig, dagegen stellte er dem Unteroffizier das Zeugnis aus, daß er einer seiner besten Unteroffiziere in der Eskadron sei, der aber gegenüber der Mannschaft etwas scharf sei. — Der Generaloberarzt Martin gab sein Gutachten dahin ab, daß Ritzinger mehrere Wochen vorher an den Folgen eines Unfalles sechs Wochen im Lazarett behandelt und schließlich entlassen und der Eskadron zur Schonung empfohlen wurde. Die Kniescheibe war am 1. Juli stark geschwollen, es sei möglich, daß Ritzinger starke Schmerzen hatte, doch seien das die Folgen eines einstündigen Strafexerzierens vom Tage vorher. Durch die Uebungen mit den Tränkeimern seien die Schmerzen nicht gesteigert worden (?!). Ritzinger sei von Hause aus ein beschränkter, boshafter Mensch, der nicht bei der Wahrheit bleibe und immer etwas stark auftrage. — Das Gericht schenkte den Angaben des Soldaten Ritzinger keinen Glauben und sprach den „besten Unteroffizier der Eskadron" von Schuld und Strafe frei. Das Martyrium des „geistig beschränkten" und schonungsbedürftigen Soldaten kann also von neuem beginnen.

Zur Fleischnot.

In der Ministerial-Konferenz, die am Sonnabend in Kattowitz stattgefunden hat, wurde beschlossen und vom Vertreter des Landwirtschaftsministers genehmigt, das russische Schweine-Kontingent etappenmäßig bis zum 1. März auf 2500 zu erhöhen. Die Erhöhung beträgt vom 12. November ab monatlich 300 Stück. Ferner wurde der Verteilungs-Modus beschlossen.

Damit ist dem oberschlesischen Industriebezirke um ein kleines geholfen; für das übrige Deutschland bleibt die Fleischnot bestehen.

Ausland.

Oestreich. Die Obstruktion der Eisenbahner. Ueber das Ergebnis der Unterhandlungen zwischen Regierung und Eisenbahnern liegen noch keine zuverlässigen Nachrichten vor. Verschiedene bürgerliche Blätter wollen schon wissen, daß die Obstruktion beendet sei, da die Regierung namhafte Zugeständnisse gemacht habe.

Frankreich. Die Ministerkrisis hält noch immer an. Es ist sehr wahrscheinlich, daß außer dem Kriegsminister Berteaux auch noch andere Angehörige des Kabinetts Rouvier freiwillig oder unfreiwillig werden abdanken müssen.

England. Arbeitsmangel und Notstand in London. Der Köln. Ztg. wird geschrieben: Die Frage der Arbeitslosigkeit und des öffentlichen Notstandes zur Winterszeit nimmt von Tag zu Tag eine beunruhigendere Gestalt an. Alle Uebel, die eine natürliche Folge der Anhäufung großer Menschenmassen auf verhältnismäßig kleinem Raum sind, treten in der größten Stadt der Welt notwendig in größtem Maß und in beängstigendstem Umfang in die Erscheinung. Die Arbeitsgelegenheit sucht entfernte Quartiere auf, wo der Boden weniger teuer und der Wasserweg in der Nähe ist, und in solchen Quartieren siedelt sich eine fast ausschließlich aus Arbeitern bestehende Bevölkerung an. Die Gemeindelasten steigen mit dem Anwachsen dieser Bevölkerungsmassen. Sie fallen mit überwältigender Wucht auf wenige Schultern, lähmen schließlich die Industrie und verdrängen sie zum Teil nach anderen Richtungen, wo der Wettbewerb leichter wird. Inzwischen aber wird der Mittelzustand, der eintritt und anhält, bis der Zwang der Not wiederum einen dem Bedürfnis entsprechenden Ausgleich herbeigeführt hat, für Arbeiter wie Unternehmer besonders schwierig. So stehen gegenwärtig die Dinge in der östlichen Vorstadt Poplar. Die Gemeindesteuern haben nachgerade eine unerschwingliche Höhe erreicht, die Zahl der Arbeitslosen und Notleidenden wächst von Woche zu Woche, die sozialistischen Arbeiter-Elemente rufen nach Staatshilfe und einer zu diesem Zwecke einzuberufenden besonderen Herbsttagung, die Regierung ist, besonders auch im Hinblick auf die herannahenden Neuwahlen, in großer Bedrängnis und die Opposition fühlt sich in dem Gedanken, eine derartige Erbschaft antreten zu müssen, kaum viel behaglicher.

Die Arbeitslosen haben in der vorigen Woche bereits eine große Demonstration veranstaltet, um dem Ministerpräsidenten Balfour ihre Not zu klagen und ihre Wünsche vorzutragen. Die vom Minister erteilte Antwort hat die Deputation nicht befriedigt. Sehr erklärlicherweise, denn in der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es keine durchgreifende Hilfe gegen solche Notstände, da die Existenz zahlreicher Volksmassen auf den Zufall der momentanen Konjunktur gestellt ist. Hier kann nur eine verständige Organisation der ganzen Volkswirtschaft helfen, wie die Sozialdemokratie sie fordert.

Schweden. Das erste Ministerium der Linken. Nachdem die Kammerwahlen im September der Sozialdemokratie eine Verstärkung ihrer Vertretung von 4 auf 14 Abgeordnete, außerdem aber auch eine wesentliche Verstärkung der demokratisch-liberalen Richtung ergeben hatten, erschien es um so dringender notwendig, daß endlich einmal in der Regierung mit der alten reaktionären Ersten-Kammer-Wirtschaft gebrochen wurde. Das Koalitionsministerium hatte mit der Erledigung des Unionskonfliktes seine Aufgabe gelöst. Die entschieden liberalen Staatsräte Staaf und Biesért verlangten ihren Abschied. Lundeberg sollte das Ministerium ergänzen; es gelang ihm aber nicht.

Das neue Ministerium, an dessen Spitze der Advokat Karl Staaf steht, der ebenso wie der neue Finanzminister Biesért im vorigen Ministerium nur als Minister ohne Portefeuille fungierte, kann mit Recht als ein Linkenministerium bezeichnet werden, und ist als solches das erste, das berufen würde, die Geschicke Schwedens zu leiten. Die Erste Kammer ist gänzlich unberücksichtigt geblieben; Staaf hat sich bei der Bildung des Ministeriums lediglich an den linken Flügel der liberalen Partei gehalten und Männer ausgewählt, die mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Reichstag gelangt sind, unter ihnen auch der Stockholmer Volksschullehrer Fridtjof Berg, dessen Ernennung zum Kultusminister schon der niederen Stellung wegen, die der Mann bisher im bürgerlichen Leben einnahm, großes Aufsehen erregt, und den Reaktionären argen Verdruß bereitet. Nicht minder widerwärtig ist der Reaktion Dr. David Bergström, der als Minister ohne Portefeuille auf seinen Spezialgebieten, den Arbeiterfragen und der Wahlrechtsfrage, jedenfalls brauchbare Arbeit zu leisten imstande ist. Er ist der eigentliche Urheber der schwedischen Wahlrechtsbewegung genannt worden und die leitende Kraft dieser Bewegung. Er hat eine Agitationsschrift für das allgemeine Wahlrecht geschrieben, die, herausgegeben von dem freiheitlichen Studentenverein Verdandi, in großen Massen verbreitet worden ist. Auch der neue Ministerpräsident gehört dieser Richtung an; er hat eine Agitationsschrift über das Versammlungsrecht verfaßt und sich als Mitglied der zweiten Kammer bisher als ehrlicher Demokrat gezeigt.

Bleiben die Radikalen der neuen Regierung ihrer Vergangenheit treu, so müssen sie nun vor allem für die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts sorgen. Die Zeit ist dafür jedenfalls mit Rücksicht auf die Ereignisse in Rußland, Finnland und Oestreich ganz besonders günstig, und die schwedische Arbeiterschaft wird als Rückhalt und ständige Mahnerin hinter der neuen Regierung stehen.

Zur Revolution in Rußland.

Russische Stimmungsmache. Dem Petersburger Standard-Korrespondenten hat eine Anweisung an die Redaktion der russischen amtlichen Nachrichten-Agentur vorgelegen, die darin angewiesen wird, jeden Abend für ein Berliner Telegraphen-Bureau eine Depesche mit günstigen Nachrichten über Rußland, zum Beispiel über die Wiederherstellung der Ordnung und die Einleitung von Untersuchungen wegen der Unruhen, zu verfassen. Das russische Telegraphenbureau steht in den engsten Beziehungen zu Witte. In Petersburg meint man, diese Bearbeitung der Presse bedeute, daß die Unterhandlungen über eine neue russische Anleihe energisch wieder aufgenommen werden sollen.

Außerdem wird über die russische Schwindel-Berichterstattung, besonders in bezug auf die Vorgänge in Kronstadt geschrieben:

> Die Nachrichten aus dem in voller Revolution stehenden Kronstadt sind, wie alle telegraphischen Nachrichten über die russische Revolution, mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Depeschen über die Vorgänge in Kronstadt sind, wie schon dem Leser aufgefallen sein wird, besonders widerspruchsvoll und unklar. Das kommt daher, daß der Telegraph ausschließlich im Regierungsinteresse arbeitet und bestrebt ist, die Revolutionäre vor der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.
>
> Was jetzt über Kronstadt gemeldet wird, stimmt auffällig überein mit dem, was im Frühjahr 1871 über die Kämpfe mit der Kommune vor und in Paris gemeldet wurde. Dieselbe Unklarheit, dieselbe Uebertreibung, dieselbe Verlogenheit. Damals war es das Haupt der Versailler Ordnungsbanditen, der kleine Thiers, der die Welt über die Vorgänge vor und in Paris anlog, gegenwärtig sind es die beiden russischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0002

Telegraphen-Agenturen, von der eine unter Wittes Einfluß, die andere unter dem Einfluß des Nachfolgers Trepows steht, die das Anlügungsgewerbe betreiben. Beide Bureaus, so sehr sie sich bekämpfen, sind im vorliegendem Falle gleichmäßig interessiert, die Welt über die wahre Natur der Revolution, namentlich wenn wie in Kronstadt die letzte Stütze der Gewalt, Armee und Marine, beteiligt sind, im unklaren zu halten und zu täuschen. Also Vorsicht!

Ueber die gegenwärtige Stimmung in Moskau wird gemeldet:

Trotz äußerer Ruhe ist die Stimmung hier noch ungemein erregt, besonders unter den Juden. Es wird ein Sicherheitskomitee gebildet, welches an die gefährdeten Einwohner Waffen verteilt. Täglich konferieren Vertreter der verschiedenen kommunalen Organisationen und professionellen Verbände über Mittel zum Schutz der friedlichen Bevölkerung. Sonnabend erschien ein von Vertretern von sieben Vereinigungen unterzeichneter Aufruf, welcher die Bevölkerung zur Teilnahme am organisierten Selbstschutz auffordert. An allen Straßen wurden Anschläge des Stadthauptmanns angebracht mit einem energischen Protest gegen die Aufhetzung des Mob durch „Patrioten" und mit der dringenden Ermahnung zur Ruhe.

Witte gegen die Freiheit der Polen. Graf Witte empfing die Delegation der Warschauer Rechtsanwälte und erklärte ihr: „Der Kriegszustand in Polen wird nicht aufgehoben, Reformen werden nicht eingeführt, bis das Land sich beruhigt hat. Ich befürworte eine lokale Selbstverwaltung, aber keine politische Autonomie. Ich bin Polen „wohlgeneigt", aber unter Zwang wird die Regierung nicht nachgeben."

Judenmetzeleien. Als am Sonntag in Nikolajew (Gouvernement Cherson) ein Personenzug mit jüdischen Flüchtlingen den Bahnhof verließ, wurde er vom Pöbel überfallen und der größte Teil der Insassen niedergemetzelt.

In Kischinew kam es in der Freitag Nacht zu einer Meuterei im Gefängnisse, in deren Verlauf das Gefängnis in Brand gesteckt wurde. Herbeigeeilte Truppen gaben auf die meuternden Gefangenen eine Salve ab, wobei mehrere Gefangene getötet und viele verwundet wurden.

Eine Freiheitskämpferin. In Mohilew wurde der Gouverneur Klingenberg durch zwei Revolverschüsse am Unterleib und am Arm schwer verletzt durch die Frau des Gemeinderatsmitgliedes Egorski. Die Frau beging das Attentat im Empfangsraum des Gouverneurs, wo sie sich unter dem Namen einer Baronin Meyendorf hatte einführen lassen

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 11. November.

Vorsitzender: Direktor Zade; Ankläger Assessor Kröber.

Ein eigenartiges Manöver hatte am 25. September der vorbestrafte Arbeiter Emil Müller in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Wilhelm Körner und dem Arbeitsburschen Gröst sowie dem Schulknaben Weineck begangen. Als Müller und Körner in einer Kneipe saßen und Gröst mit Weineck dort erschien, um für ihre Eltern ein Blondchen zu holen, veranlaßte Müller die beiden jungen Burschen zum Biertrinken. Er kaufte ihnen auch einige Liköre und forderte sie und Körner auf, mit ihm zu kommen. Die vier Personen gingen dann zu einem Gastwirt, wo sie auf Veranlassung Müllers einen Kinderwagen wegnahmen und diesen zu einem Althändler brachten, um ihn zu verkaufen. Der Althändler wollte zunächst nicht auf das Geschäft eingehen. Müller klagte aber, stellte seine drei Begleiter als seine Kinder vor, die nichts zu essen hätten. Die verführten Jungen verstanden den Wink und riefen dazwischen: „Ja, ja, Vater, wir haben nichts zu essen, gib uns Brot." Hierdurch ließ sich der Althändler bewegen, den Wagen für sechs Mark zu kaufen. Die Jungen bekamen je 50 Pf., Körner 85 Pf. davon und Müller nahm dem Althändler noch ein Paar Stiefel weg. Den Arbeitsburschen Gröst verschleppte Müller schließlich noch am betreffenden Abend in das Walhalla-Theater, wo er versuchte, mit dem jungen Menschen unzüchtige Handlungen vorzunehmen. Als die Mutter von der Verschleppung ihres Sohnes Kenntnis bekommen, holte sie ihn sofort vom Theater ab. Der Angeklagte Müller wurde wegen Rückfalldiebstahls und tätlicher Beleidigung zu zwei Jahren Zuchthaus, Körner zu sechs Monaten Gefängnis und die beiden verführten Jungen bedingt zu vier Wochen bezw. zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein trauriges Familienbild entrollte die Verhandlung gegen den etwa zwanzigjährigen Arbeiter Wilhelm Rudloff von hier, der von seiner eigenen Mutter angezeigt worden war, weil er ihr Bettüberzüge, ein Sparmarkenbuch, Konsumvereinsmarken usw. weggenommen hatte. Durch das Veräußern der Sachen erzielte der junge Mensch einen Erlös von etwa 20 Mark. Er wird von seiner Mutter als arbeitsscheu und als ein ungeratener Sohn, der ihr schon viel Sorge gemacht hat, bezeichnet. Wiederholt habe er sich auf Kosten der Mutter zu Hause hingelegt und die alte Frau noch bestohlen. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis.

Die Folgen der Bestrafungen. Der Geschäftsreisende Emil Bauer von hier hatte eine längere Freiheitsstrafe abgemacht. Um wieder Unterkommen zu finden, redete er einem Firmeninhaber vor, er habe drei Jahre für eine bestimmte Firma gearbeitet. Hierin wurde ein betrügerisches Manöver erblickt. Er erhielt 75 Mark Reisegeld, will einen Betrag davon unterwegs verloren haben; depeschierte um eine Nachsendung und verpfändete schließlich seinen Musterkoffer. Seine Vorstrafe trug mit dazu bei, daß man ihm keinen Glauben schenkte. Er will in Not und Verzweiflung gehandelt haben, wurde aber wiederum zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. So führen die Strafen von Stufe zu Stufe und nachher wundert man sich über die Zuchthäusler.

Wegen Entwendung einer Leiter war der Arbeiter Matthes von Helfta vom Hettstedter Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Seine gegen dieses Urteil eingelegte Berufung, die er damit begründete, er sei unschuldig, wurde verworfen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der Allgemeine Konsumverein in Torgau hielt am vorigen Sonnabend seine General-Versammlung ab, die von 129 Mitgliedern besucht war. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein mit 508 Mitgliedern und 10 592.66 Mark Geschäftsguthaben, sowie einer Gesamthaftsumme von 10 160 M. ins neue Geschäftsjahr trat. Das Warenlager betrug laut Inventur 16 702.52 M., der gesamte Vermögensstand betrug 32 342.26 M., die Schulden 22 786.31 M., so daß mit einem Reingewinn von 9555.95 M. zu rechnen war. Der Warenumsatz betrug im verflossenen Geschäftsjahre im Konsumgeschäft rund 88 000 M., gegen rund 68 000 M. im Vorjahre, im Lieferantengeschäft rund 80 000 M. Die General-Versammlung genehmigte die vorgeschlagene Dividende von 13 Prozent auf Konsumrabattmarken. Vom Mitglieder-Schuldkonto flossen den Mitgliedern 7 Prozent auf Lieferanten- und 5 Prozent auf Fleischermarken zu. Die Auszahlung der Dividende findet voraussichtlich am 4.—7. Dezember statt.

Gewerkschafts-Kartell Halle.

Sitzung vom 3. November.

1. Eingänge und Mitteilungen. Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großborstel, eine rein gemeinnützige Organisation unter Ausschluß aller privaten Erwerbszwecke und unter Fernhaltung jeder religiösen und politischen Tendenz wendet sich an die Gewerkschaftskartelle resp. Gewerkschaften und empfiehlt ihre bis jetzt erschienenen Bücher.

Bisher sind erschienen:

Hausbücherei.

Band 1. Kleist: Michael Kohlhaas, illustriert von Ernst Liebermann. 190 Seiten. 90 Pfg.
Band 2. Goethe. Götz von Berlichingen. 178 Seiten. 80 Pfg.
Band 3. Deutsche Humoristen. Band 1: Peter Rosegger, Wilhelm. Raabe, Fritz Reuter und Alb. Roderich. 221 Seiten. 1 Mk.
Band 4. Deutsche Humoristen. Band 2: Clemens Brentano, E. Th. A. Hoffmann, Heinrich Zschokke. 222 Seiten. 1 Mk.
Band 5. Deutsche Humoristen. Band 3: Hans Hoffmann, Otto Ernst, Max Eyth, Helene Böhlau. 196 Seiten. 1 Mk.
Band 6-7: Balladenbuch. Band 1: Neuere Dichter. 495 Seiten. 2 Mk.
Band 8. Hermann Kurz: Der Weihnachtsfund. 209 Seiten. 1 Mk.
Band 9. Novellenbuch. Band 1. C. F. Meyer, Ernst von Wildenbruch, Detlev von Liliencron. 194 Seiten. 1 M.
Band 10. Novellenbuch. Band 2 (Dorfgeschichten): Ernst Wichert, W. von Polenz, Heinrich Sohnrey, Rudolf Greinz. 199 Seiten. 1 Mk.
Band 11. Schiller: Philosophische Gedichte. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Eugen Kühnemann. 230 Seiten. 1 Mk.
Band 12 und 13. Schiller: Briefe. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Eugen Kühnemann. 2 Bände, je 1 Mk. Band 12 226 Seiten, Band 13 302 Seiten.

Geschenkbände

mit prächtigem Einband sind von Band 6-7 und Band 12-13 (in einem Band) hergestellt. Band 6-7 Preis 4 Mk. Band 12/13 Preis 4 Mk.

Volksbücher.

Heft 1. 50 Gedichte von Goethe. Mit Bildnis Goethes. 95 Seiten. Geheftet 20 Pfg. Gebunden 60 Pfg.
Heft 2. Schiller: Wilhelm Tell. Mit Bildnis Schillers. 190 Seiten. Geheftet 30 Pfg Gebunden 70 Pfg.
Heft 3. Schiller. Balladen. Mit Bildnis Schillers. 108 Seiten. Geheftet 20 Pfg. Gebunden 60 Pfg.
Heft 4. Schiller. Wallensteins Lagen. Die Piccolomini Mit Bildnis Schillers. 215 Seiten Geheftet 30 Pfg. Gebunden 70 Pfg.
Heft 5. Schiller. Wallensteins Tod. Geheftet 30 Pfg. Gebunden 70 Pfg.
Heft 4 und 5 in einen Band gebunden, 1.20 Mk.
Heft 6. Brentano: Die Geschichte vom braven Kasperl und dem schönen Annerl. Mit Bildnis Brentanos. 59 S. Geheftet 15 Pfg. Gebunden 50 Pfg.
Heft 7. E. Th. A. Hoffmann: Das Fräulein von Scuderi. Mit Bildnis Hoffmanns. 113 Seiten. Geheftet 20 Pfg. Gebunden 60 Pfg.
Heft 8. Fr. Halm: Die Marzipanliese. — Die Freundinnen. Mit Bildnis Halms. 124 Seiten. Geheftet 20 Pfg. Gebunden 60 Pfg.
Heft 9. Reuter: Woans ick tau 'ne Fru kamm. Mit Bildnis Reuters. 61 Seiten. Geheftet 15 Pfg. Geb. 50 Pfg.
Heft 10. Max Eyth: Der blinde Passagier. Mit Bildnis Eyths. 68 Seiten. Geheftet 20 Pfg. Gebunden 60 Pfg.

Schillerbuch.

Enthaltend Einleitung über Schillers Leben von Dr. O. E. Lessing, die Glocke, sämtliche Balladen, Wilhelm Tell. Mit Bildnis Schillers von A. Graff. 346 Seiten. Geb. 1 Mk.

Falls Gewerkschaften für ihre Bibliothek diese Bücher beziehen wollen, so nimmt die Volksbuchhandlung, Harz 42-43, Bestellungen entgegen; auch können dieselben direkt gegen Einsendung des Betrages von der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großborstel, bezogen werden.

Da weitere Eingänge nicht vorliegen, erstattete Gen. Güldenberg Bericht über die Bemühungen des Kartellvorstandes sowie der Agitationskommission zur Gründung einer Zahlstelle des Musiker-Verbandes. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, eine solche zu gründen, doch steht zu erwarten, daß dieses in nächster Zeit geschieht. — Weiter teilt derselbe mit, daß die 300 Mk., die in der letzten Kartellsitzung für die große Berliner Aussperrung bewilligt wurden, abgesandt sind.. Das Gewerkschaftskartell soll nun beschließen, ob das inzwischen auf Bons gesammelte Geld (es sind ungefähr 230 Mk.) noch abgeschickt oder am Orte bleiben soll, da die Aussperrung wider Erwarten schnell beendet worden. Nach kurzer Diskussion wurde gegen eine Stimme beschlossen, das Geld am Orte zu behalten und bei Bedarf für einen ähnlichen Zweck zu verwenden.

2. Gewerbegerichtswahl. Hierzu wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben und durch zehn Genossen, welche sich freiwillig melden, öffentlich verteilen zu lassen. — Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung soll, zwecks Aufstellung der Kandidaten, am Sonntag, den 19. Nov., vormittags 11½ Uhr, im Konzerthause stattfinden.

3. Weitere Arrangierung von Theatervorstellungen im Neuen Theater. Nach längerer Debatte und Kritik über den Verteilungsmodus der Billette, beschließt das Kartell, die Stützen der Gesellschaft am Montag, den 20. November, wiederholen zu lassen. Diejenigen Gewerkschaften, welche zur ersten Aufführung am 15. November keine Billette erhalten haben, sollen jetzt ihre Bestellungen machen. In Zukunft werden zu derartigen Veranstaltungen die Billette an die Gewerkschaften nur prozentual zur Zahl der Mitglieder abgegeben, und bis acht Tage vor der Vorstellung reserviert. Sind dieselben bis zu diesem Termine nicht abgeholt, so werden die Billetts einzeln an Gewerkschaftsmitglieder abgegeben. Weiter wurde beschlossen, am 6. Dez. das Neue Theater für das Schauspiel Bartel Turaser zu mieten. Die Preise der Plätze wurden insofern geändert, als in Zukunft die Plätze zu 50 Pfg. mit 55 Pfg. verkauft werden, die Galerie dagegen soll anstatt 20 nur 10 Pfg. kosten. (Infolge der Anfang Dezember voraussichtlich stattfindenden Stadtverordneten-Stichwahlen wird die Vorstellung zum 6. Dez. wahrscheinlich auf einen anderen Tag verschoben werden müssen. Der Vorstand.)

4. Wie stellt sich das Kartell zur Gründung eines Jugendvereins? Nach längerer, ziemlich erregter Debatte wurde beschlossen, diese Frage zur nochmaligen Vorberatung an den Kartellvorstand zu verweisen, der dann mit dem Vorstand des Arbeiterbildungsvereins in einer gemeinschaftlichen Sitzung nochmals über die Sache verhandeln soll.

5. Streiks und Lohnbewegungen. Der Vertreter der Kupferschmiede berichtet über den Stand der Lohnbewegung in seinem Berufe. Der Tarif ist von allen Firmen, wo die Kollegen im Ausstande waren, angenommen, bis auf die Firma Götze. Bei der Firma Wernecke sind infolge von Differenzen 12 Kollegen neu in den Streik getreten, doch steht zu erwarten, daß auch diese bald zugunsten der Kupferschmiede geregelt sein werden. — Genosse Müller berichtet nochmals über die Aussperrung der Berliner Lederarbeiter. Ein Antrag, zu den bewilligten 100 Mk. noch etwas hinzuzulegen, wurde abgelehnt.

6. Verschiedenes. Genosse Heyne beantragt, derartige Versammlungen wie die letzte in Nietleben, auch in anderen Orten der Umgebung vom Gewerkschaftskartell aus zu veranstalten. Dieser Antrag wurde angenommen und dem Kartellvorstand zur Ausführung überwiesen. Hierauf erfolgte Schluß der Sitzung um ½1 Uhr.

Präsenzliste: Anwesend waren 56 Delegierte. Entschuldigt fehlen 6 Delegierte, und zwar: Kretschmar, Bäcker; Lohse, Brauer; Köstner, Glaser; Hennig, Kupferschmiede; Höfer, Lagerhalter; Ganzer, Steinsetzer.

Unentschuldigt fehlten 16 Delegierte: Griesbach, Bäcker; Riedel, Buchbinder; Simon, Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter; Emmerich und Berndt, Fleischer; Wennbach, Gastwirtsgehilfen; Hoffmann, Handels- und Transportarbeiter; Strehler, Konditoren; Nilius, Lagerhalter; Eikebrecht, Lithographen und Steindrucker; Becker, Maschinisten und Heizer; Nagel und Schultz, Schmiede; Peters, Schuhmacher; Wagner, Schneider; Freitag, Stukkateur; Kunze, Tapezierer.

Berichtigung: Im letzten Bericht war der Delegierte der Tabakarbeiter, Genosse Wickert, als unentschuldigt verzeichnet. Derselbe war jedoch in der Sitzung anwesend. K.

Versammlungsberichte.

Bau- und Erdarbeiter. Im Englischen Hof fand am 31. Oktober eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Albrecht hielt einen lehrreichen Vortrag über die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Der Vortrag wurde von den anwesenden Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion nahm Kollege Frech das Wort und wies auf die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen hin, daß kein Kollege der Wahl fernbleiben dürfte und ein jeder sein Wahlrecht ausüben müsse. Die Abrechnung vom 3. Quartal 1905 ergab eine Einnahme inkl. Kassenbestand von 5722.60 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 4150.22 M. Es verbleibt also ein Kassenbestand von 1572.38 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter Verbands-Angelegenheiten wurde die Aufnahme von vier Kollegen der Orts-Verwaltung überlassen. Die Namen sollen in nächster Versammlung verlesen werden. K. J.

Steinsetzer, Halle. Zur Aufnahme in den Verband haben sich gemeldet die Kollegen Strohs, Bochert, Rikelt, welche vom Militär zurückgekehrt sind, und Otto Zachmann. Ueber den letzteren entspann sich eine lebhafte Debatte. Er soll in nächster Versammlung erscheinen, damit er weiß, was ein organisierter Kollege zu tun hat. Die Abrechnung vom dritten Quartal wurde genehmigt. Mit dem Kollegen Bandermann, welcher 12 Wochen im Rückstande ist, muß nach dem Statut verfahren werden. Bei der Stellungnahme zur Konferenz wurde beschlossen, 2 Delegierte zu entsenden. Als solche wurden gewählt der Vorsitzende Otto Koch und der Kollege Franz Ericht als Vertreter der Bauarbeiter-Schutzkommission. Fünf Kollegen wurden zu dieser Konferenz dann noch ins Empfangskomitee gewählt. Den Bericht des Gesellen-Ausschusses gibt der Kollege Paul Göhre. Er führt aus, daß die Innung einen Arbeitsnachweis gründen will. Die Versammlung war der Ansicht, daß diese Sache auf der Konferenz geregelt werden müsse. Unter Verschiedenem werden noch einige interne Sachen behandelt. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung. R. G.

Metallarbeiter. Am 4. November fand im Konzerthaus eine öffentliche sehr gut besuchte Metallarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand das Tema: Der Wert der Stadtverordnetenwahlen für die Metallarbeiter. Für den verhinderten Genossen Thiele trat Genosse Albrecht als Referent ein. In seinem mit Beifall aufgenommenen Referat wies selbiger die Notwendigkeit der Beteiligung hauptsächlich auch der Metallarbeiter an den Wahlen nach. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Sodann wurde noch seitens des Geschäftsführers auf das 25 jährige Stiftungsfest der Metallarbeiter-Krankenkasse sowie auf die in nächster Zeit stattfindende Gewerbegerichtswahl hingewiesen. (Eing. 7. 11.) P. G.

Sozialdemokratischer Verein, Merseburg. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergibt eine Einnahme von 92.35 Mark. Der Uebertrag vom letzten Quartal beträgt 58.90 M., mithin Kassenbestand 151.25 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 74.64 M. An die Hauptkassen wurden 29.25 M. gesandt. Bleibt am Schlusse des Quartals ein Bestand von 47.36 M. Bei den Kalendern war eine Einnahme von 31.11 Mark zu verzeichnen und eine Ausgabe von 13.00 M. Es bleibt somit ein Ueberschuß von 18.11 M. Sodann erstattete der Genosse Röder den Bericht vom Parteitag. Dann wurde eine Zeitungskommission gewählt, welche aus den Genossen C. Röder, Aug. Schmidt und B. Mollnau besteht. Schluß der Versammlung um 8¼ Uhr. P. H.

Kürschner, Schkeuditz. Am Donnerstag, den 9. November, nachmittags 5 Uhr, tagte in Müllers Lokal eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich mit den Vorkommnissen bei der Firma Scholz beschäftigte. Kollege Eitner legte die Gründe klar, welche zu der plötzlichen Entlassung des Kollegen Paul Hausding führten und kritisierte die verschiedenen Mißstände in dem Betriebe. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, den Kollegen Paul Hausding als gemaßregelt zu betrachten. Bei der Abstimmung, ob die Arbeit niedergelegt werden soll oder nicht, wurde beschlossen, am 10. November in den Ausstand zu treten. Die drei Kollegen, welche erst ihre Arbeit fertigstellen müssen, erklären sich aber dann auch mit den übrigen solidarisch. A. K.

Bergarbeiter-Versammlung in Wildschütz. Am vorigen Sonntag fand im Gasthofe zum Kap der guten Hoffnung in Wildschütz eine Bergarbeiter-Versammlung statt, die zahlreich besucht war. Kamerad Nik. Dölle besprach die neue Arbeits-Ordnung. Nach einer klaren Schilderung betreffs der Wahl zu den Arbeiter-Ausschüssen und über Behandlung und Mißstände auf den einzelnen Gruben, welche auch in der Diskussion befürwortet wurde, forderte er jeden der Anwesenden auf, mit ganzem Können für den Verband zu wirken. Nach einer lebhaften Diskussion, in der Kamerad M. Hirsch auch auf das leuchtende Beispiel der Aufopferung des russischen Proletariats hinwies, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Glück auf geschlossen. (Eingeg. am 8. Nov.) E. L.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Harz 42/43, Hof, 2 Treppen.
Geöffnet nur Werktags von 9½—1½
und 4—8 Uhr.
Sonnabend nachmittag geschlossen.
Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0003

Zeitz. Zur Stadtverordneten-Wahl. Zeitz.

Dienstag den 14. d. M. abends 8½ Uhr in der Wilhelmshöhe

öffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Weshalb müssen die Arbeiter bei der Stadtverordneten-Wahl sozialdemokratisch wählen? Referent: Reichstagsabgeordneter **Ad. Thiele.**

Freie Diskussion für jedermann. Eintree pro Person 10 Pf.

Der Vorstand des Sozialdem. Vereins.

Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S.

Dienstag den 14. November abends 8½ Uhr im Vereinslokal „Konzerthaus", Karlstraße 14

Vortrags-Abend.

Ref.: Herr E. Däumig. Thema: Der Dichter G. Freczang und Rezitation einiger seiner Schöpfungen. (Freczang ist der Schöpfer des Dramas „Im Hinterhause" u. v. a. m.)

Die Mitglieder werden ersucht, sich ihrer Pflicht mehr zu erinnern und die Versammlungen besser zu besuchen, als es in letzter Zeit der Fall war.

22. Nov. gr. Lichtbilder-Vortrag im Bellevue, An den Küsten dreier Erdteile.

Weissenfels.

Dienstag den 14. November abends 8 Uhr im Restaurant „Stadt Naumburg"

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: Ueber die Pflicht, politischen Mut zu beweisen. Referent: Reichstagsabgeordneter Pens-Dessau — Freie Diskussion.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Der Einberufer.**

Ortskrankenkasse der Tischler und vereinigten Kassen zu Zeitz.

Dienstag den 21. Nov. cr., abends 8 Uhr im Stadtgarten

ordentliche General-Versammlung,

wozu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer). 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1905. 3. Geschäftliche Angelegenheiten.

Der Vorstand. Otto Köhler, Vorsitzender.

Preisermässigung

auf die Legitimationskarten vom **Ortskrankenkassen-Verband** wird **Sonnabend nachmittag** und **Sonntag vormittag**

nicht gewährt.

Zentral-Bad, Schulstraße 11.

Zeitzer Schuhwarenhaus

und **mechan. Schuhmacherei** mit Kraftbetrieb.

G. Burkhardt, Kramerstr. 5/6.

Grösstes Lager am Platze.

3.50 **Wer Fritz Reuter** sei es für sich, sei es als Geschenk erwerben will, kaufe nur die von uns angekündigte Ausgabe, die sich durch guten, klaren Druck, gutes Papier, vorzügliche Illustrationen, soliden Einband trotz des billigen Preises von Mk. 3.50 auszeichnet. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Harz 42/48. 3.50

Schaffner-Filzstiefeln, getragen, aber gut erhalten, großen Vorrat, verkauft billig **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

Briketts

in Fuhren u. einz., auch für den Winterbedarf, liefert frei Gelos à Ztr. 65 Pf. **Karl Hildebrand, Saalberg 2.**

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion **M. Richards.**

Dienstag den 14. November: 61. Ab.-Vorst. Beamtenkarten giltig. 1. Viertel.

Siegfried.

Handlung in 3 Aufzügen n. R. Wagner. 2. Tag aus der Trilogie: Der Ring des Nibelungen. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.

Mittwoch den 15. November: 62. Ab.-Vorst. Beamtenkarten giltig. 2. Viertel.

Novität! Zum 4. Male: Novität!

Der Privat-Dozent.

Ein Stück aus dem akademischen Leben in 4 Aufzügen von Ferd. Bittenbauer.

Neues Theater.

Direktion: **E. M. Manthner.**

Dienstag den 14. November. Abds. 8h: **Ibsen-Zyklus I.** Stützen der Gesellschaft.

Walhalla-Theater.

Direktion: Otto Herrmann.

Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Nur noch 2 Abende der durchweg glänzende Spielplan.

Morgen Dienstag wird ein hiesiger Herr den Ringkampf mit dem Bären Muffel aufnehmen.

Der Ringkampf verspricht sehr interessant zu werden und beginnt um 9 Uhr.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Nur noch **3** Tage!

Antoinette Sohns.

3 Fidardys.

Walter Schneider

Oglos Trio.

Welt-Panorama. Gr. Ulrichstraße 6 I. England. Schottland.

Woilach gebr. Wolldecken, Eisenbahner-Mäntel zu verkaufen. **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

Sonnabend, Sonntag, Montag beim Einkauf von 30 Pf. an **1 Präsent gratis**

Franz Donner,

Leipzigerstr. 65 Wuchererstr. 70.

Empfehle:

Hustenbonbon	1 Pfd. nur	40 Pf.
Kakao, nur ff.	¼ Pfd. nur	30 Pf.
Pfeffermünz	½ Pfd. nur	12 Pf.
Schokolade, reine	¼ Pfd. nur	20 Pf.

8 St. Pfefferkuchen 10 Pf.

11. Honig- und Gewürzkuchen, auf 3 Mark 3 M. Rabatt

Grosse Partie

Winter-Ueberzieher-Stoffe

sehr preiswert.

F. J. Schultz, Königstr. 6.

---

50 Erdarbeiter bei gutem Lohn gesucht. Zu melden beim Schachtmeister. **Abraum Pleßauer Saudwerke.**

Schürzen, Hauskleiderstoffe in grosser Auswahl billigst **F. J. Schultz, Königst. 6**

Dankbarkeit empfindet sich, wenn ich meinen Hals-, Brust- u. Lungenleidenden bestens empfehle, wie ich durch ein Produkt, Allgäuer und erfolgreichsten Hustenpulver bei meinem unheilbaren Husten befreit wurden bin. Sicherer Bezugsquelle in Apotheken bei Kuffig (Ostbr.).

C. F. Ritter's Puppenklinik

Leipzigerstrasse 90

ist eröffnet.

Der baldigen Genesung wegen bitten wir, kranke Puppen uns schnellstens zuzuführen.

Sämtliche Puppen-Zubehörteile in sehr grosser Auswahl zu niedrigen Preisen!

C. F. Ritter, G. m. b. H.

Frische grüne Heringe à Pfund 20 Pfg.

Frischen Angelschellfisch à Pfund 30 Pfg.

Frischen kleinen Schellfisch à Pfund 20 Pfg.

Seelachs ohne Kopf à Pfund 30 Pfg.

A. Schmieder, Steintor-Markthalle, Nähe Walhalla. Magdeburgerstr. 28.

Radikal-Hühneraugenmittel wirkt in einem Tag. Allein echt bei **Max Rädler,** Drogerie, Rannischestr.

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen solidester Ausführung in jeder Preislage. Permanente Ausstellung kompletter Musterzimmer. **M. Resch,** Möbelmagazin. Halle a. S., Leipzigerstr. 11.

Den höchsten Wert in Bar! zahle ich für Lumpen aller Art, Alteisen, Knochen, Papier 2c. **A. Samuel,** Herrenstr. 26. Telefon 2959.

Hofkaffelbutter I. Sorte 10 Pfd.-Colli M. 8.20. Naturbutter 2. M. 6.60, 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Honig M. 5.80. Pflaumenmus, süssu. dick 10 Pfl. M. 3.10. Frau Nagler, Cluste 204 via Schlesien.

Zeitz.

Mittwoch den 15. November nachmittags 2 Uhr

gr. Pfänder-Auktion.

Emma Voltzsch, Ritterstraße 17.

Militär-Handschuhe, getragen, verkauft billig **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

Geiststr. 59/60. **Geiststr. 59 60.**

Dienstag früh 9 Uhr eintreffend: Gr. Schellfisch 28, Bratschellfisch 18 ₰, Kabliau, Seelachs u. Rotzunge 30 ₰, Grüne gr. Heringe 20, Stint 17 ₰. A. Strube, Geiststraße 59/60.

Jeden Dienstag **Schlachte-Fest.** D. Köhlmann. Richard Wagnerstraße 34.

Aufsichtspostkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Zur Anschaffung empfohlen:

Aufklärungs-Schriften über das Christentum.

War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? Von Dr. Eugen Lesinsky — Preis 15 Pf.

Waren die Urchristen wirklich Sozialisten? Von Dr. Eugen Lesinsky. — Preis 15 Pf.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft. Von Dr. Eugen Lesinsky. — Preis 15 Pf.,

Was haben die Armen d. Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Lesinsky. — Preis 20 Pf.

Christentum und Sozialismus. Neue Ausgabe mit einem neuen Vorwort vom Mai 1901 von A. Bebel. Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Die wahre Gestalt des Christentums. Uebersetzt und mit Vorwort versehen von A. Bebel. Preis 50 Pf.

Glossen zur wahren Gestalt des Christentums. Von A. Bebel. Preis 30 Pf.

Sozialdemokratie und Zentrum. Von A. Bebel. Preis 20 Pf.

Die Religion der Sozialdemokratie. Von J. Dietzgen. 6. Aufl. Preis 20 Pf.

Wider Gottes- und Bibelglauben. Von A. Donat. Preis 30 Pf.

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Von R. Calwer. Preis 10 Pf.

Arbeiterkatechismus. Von R. Calwer Preis 10 Pf.

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde? Von P. Göhre. Preis 10 Pf.

Christliche Arbeiterpflichten. Preis 20 Pf.

Prinz Arenberg und die Arenberge. Preis 20 Pf.

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Preis 10 Pf.

Die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Preis 15 Pf.

Rieder mit den Sozialdemokraten. Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Harz 42/48.

Makulatur

verkauft **Volksblatt-Druckerei.**

Danksagung.

Für die Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres Vaters, Schwieger- u. Großvaters

Wilhelm Jänicke,

sagen wir allen auf diesem Wege unseren innigsten Dank; insbesondere dem Herrn Pastor Hantke für die trostreichen Worte am Grabe, sowie dem Herrn Vorsteher und dem Gesangverein.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 267. Halle a. S., Dienstag den 14. November 1905. 16. Jahrg.

Zur Stadtverordnetenwahl in Weißenfels.

Am 14., 15. und 16. November findet hier die Wahl für die dritte Abteilung von morgens 9 bis abends 6 Uhr statt. Die Gegner sind sich über deren Ergebnis schon vollständig klar. Solche Weitseher sind die Arbeiter allerdings nicht. Die Wahlen gehen bei uns unter Verhältnissen vor sich, von denen die Genossen in verschiedenen anderen Orten sich keine Vorstellung machen können. Die Abschrift einer Wählerliste verweigert man uns, weil es ungesetzlich und unzulässig sei, während in der Nachbarstadt Naumburg der Magistrat jedem Wähler eine gedruckte, vollständige Wählerliste zustellt. Die Wahlzeit hat man von einem auf zwei, dann auf drei Tage ausgedehnt; jetzt hat man uns auch den Montag als Wahltag genommen. Alle diese Maßnahmen erschweren uns die Arbeit ungemein. Einen Terrorismus üben die Gegner auf die Geschäftsleute aus, der gar nicht zu beschreiben ist. Diesen Herren von Bürgertum kommt man natürlich im weitesten Maße entgegen.

Die Stunde, daß auch Vertreter des Proletariats auf dem Rathause ihren Einzug halten, rückt immer näher. Das wissen unsere Gegner ganz genau. Ihre Maßnahmen bei den Wahlen legen beredtes Zeugnis ihrer Furcht ab. Wer hat sich früher bei den Wahlen um die Arbeiter bekümmert? Jetzt ist das ganz anders. — Dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie und nur diesem ist es zuzuschreiben, daß man bei der Wahl „zum Volke herabsteigen", mit ihm paktieren muß, wenn auch widerwillig. Man geht auf die Suche nach „Arbeitern", die man als Aushängeschild, als Köder unbedingt haben muß. Solche Geschöpfe finden sich leider allerwärts, und jene Klasse Menschen, von denen es heißt, sie würden nicht alle, stirbt leider auch bei uns nicht aus. Die Herren vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der alle Parteischattierungen umfaßt, waren auch diesmal auf der Suche nach „geeigneten Arbeitervertretern" und haben sie gefunden.

Der erste ist ein Herr Bachmann, seines Zeichens Werkmeister. Er hat sich erst in allerneuester Zeit dahin ausgelassen, er wolle die Arbeiter „beim Wanste nehmen" und „hinausschmeißen"; er scheint also sehr geeignet zu sein, die Arbeiter zu „vertreten". Herr Bachmann hielt es beim letzten Schuhmacherstreik nicht für nötig, mit den Arbeitern Schulter an Schulter zu kämpfen. Wer möchte da noch zweifeln, daß er würdig ist, auf der bürgerlichen Kandidatenliste zu stehen? Der zweite ist der Maurer Schulz, der früher „Genosse" gewesen sein will, dann es aber fertig gebracht hat, seinen Kollegen beim Streik in den Rücken zu fallen. Im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Bauhandwerker ist Schulz Vorsitzender. — Nun bestreite noch einer, daß unsere Gegner an den Herren Bachmann und Schulz einen guten Griff gemacht haben! Doch wie ein roter Faden zieht es durch die Berichte der bürgerlichen Presse, daß unsere Gegner diese Herren nicht wählen wollen; sie sollen nur als Schangericht dienen, welches Arbeiter anlockt.

Man traut jedoch den Arbeitern sehr schlechten Geschmack zu, wenn man annimmt, sie würden solchen Leuten ihre Stimme geben.

Die Arbeiterschaft von Weißenfels, und speziell die in den Gewerkschaften organisierte, hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Blamage, die es für die Arbeiter sein würde, wenn die Liste Bachmann-Schulz gewählt würde, abgewendet wird. Mit einigen Mätzchen glauben unsere Gegner unsere Flugblätter abtun zu können. So schreiben sie, daß unsere Liste nur aus Unternehmern und Beamten bestehe und daß das eine nette Arbeitervertretung sei. Weiter rühmen sich unsere Gegner, es seien nicht alle Vorlagen des Magistrats angenommen worden. Sehr richtig! Abgelehnt haben die Herren aber nur solche Vorlagen, bei denen sie speziell rückständiger waren als der Magistrat. So lehnten sie 10 000 M. ab, welche der Magistrat zur Bekämpfung der Tuberkulose forderte, die bei uns in ganz hohem Maße grassiert; da dachten die Herren an ihre „weise Sparsamkeit", die sie immer da anwenden, wo es verkehrt ist. Sie bewilligten nur auf drei Jahre fünfhundert Mark.

Die einzige Garantie einer wahren Vertretung der Interessen des kleinen Mannes bietet nur die sozialdemokratische Liste. Darum, Genossen, wählt am 14., 15. und 16. November in Schumanns Garten folgende Kandidaten:

Auf sechs Jahre:

Rudolf Weise, Geschäftsführer,
Hermann Euke, Schuhmacher,
Gustav Horack, Lagerhalter,
Karl Kiesel, Rendant.

Auf zwei Jahre:

Otto Junghans, Rendant,
Oskar Seifert, Schuhfabrikant.

Parteinachrichten.

— **Genosse Dr. Graduauer** wird in die Redaktion der Sächsischen Arbeiter-Zeitung eintreten, deren leitender Redakteur er bereits war, ehe er vor zehn Jahren in die Redaktion des Vorwärts trat.

— **Genosse Wetzker** ist nach Bochum gegangen und wird dort seine Tätigkeit für die Partei fortsetzen, nachdem er lange Jahre mit in der Redaktion des Vorwärts gesessen und die Parteinachrichten bearbeitet hat.

— **Eine Frage.** Wenn man die Auslassungen derjenigen liest, welche gegen die aus dem Vorwärts geschiedenen sechs Redakteure Stellung nehmen, dann möchte man die Sechs als gefährliche Parteiverräter ansehen, die weder das Wesen des Sozialismus begriffen noch diejenige Parteidisziplin erwiesen haben, die von jedem Parteigenossen, in erster Linie aber von denen, die sich in so hervorragenden Vertrauensstellungen befinden, fordern muß. Wenn aber die Sechs sich so schwer vergangen haben, wie kann gehuldet werden, daß sie an anderen Parteiblättern ihr „parteiherderberisches Treiben", fortsetzen? — In Wirklichkeit kann weder den Sechs noch allen denen, die durch ihre Ueberzeugung gezwungen werden, auf Seite der Sechs zu treten, ein Vorwurf in der gedachten Richtung gemacht werden. Sie alle haben weiter kein Verbrechen begangen, als daß sie sagen, der Parteivorstand habe in diesem Falle unrecht gehandelt. Das wird ja schließlich in unserer demokratischen Partei noch erlaubt sein. Bislang bekämpfte wenigstens unsere Partei die katholische Unfehlbarkeitslehre. Mögen andere Parteigenossen das Verhalten des Parteivorstands billigen; das ist ihr gutes Recht. Aber man soll die Sechs und ihre Freunde wegen ihrer andern Ueberzeugung nicht beschimpfen, sie nicht in ihrer Parteiehre kränken, wie es seit Tagen im Vorwärts und einigen auf Seite des Parteivorstandes stehenden Parteiblättern geschieht. Jedenfalls ist es ungefährlicher für den Parteivorstand einzutreten, als gegen ihn Stellung zu nehmen.

— **Eine neue Methode.** Vor acht Tagen veröffentlichte Genosse Ledebour in der Neuen Zeit einen Artikel unter der Ueberschrift Eine Literaten-Revolte, in dem er u. a. behauptete, Eisner habe in einer der ersten Sitzungen des Vereins Arbeiterpresse, die während des Parteitages in Hannover stattfand, angeregt, „etwaige Uebergriffe dieser Aufsichtsinstanzen (gemeint waren die Preßkommissionen) durch einen Literatenstreik abzuwehren." Der Vorwärts veröffentlichte die wesentlichen Teile des Artikels Ledebours, der jene angebliche Aeußerung Eisners in direkte Beziehung zum jetzigen Vorwärts-Konflikts brachte. Daraufhin sandte Genosse Thiele als Leiter der erwähnten Sitzung und als Vorsitzender des Vereins Arbeiterpresse vorigen Mittwoch an den Vorwärts eine Richtigstellung. Eisner hatte damals weder „angeregt" noch gar, wie es an einer anderen Stelle von Ledebours Artikel heißt, den „Vorschlag" gemacht, durch einen „Literatenstreik Uebergriffe abzuwehren". Auch war weder das Wort Literatenstreik noch ein ähnlicher Ausdruck damals oder später gefallen. Eisner hatte nur gleich andern Rednern rein hypothetisch erklärt, eine absolute Verneinung des Rechtes auf Einstellung ihrer Tätigkeit dürfe auch den Parteiangestellten gegenüber nicht proklamiert werden. Die Bemerkung fiel, als die Grenzen für das Wirkungsgebiet des neugegründeten Vereins abgesteckt und die Mittel geprüft wurden, welche den Parteiangestellten — nicht den Redakteuren allein — zur Verfügung ständen.

Diese kurze, nach Lage der Sache wichtige Richtigstellung hat der Vorwärts nicht aufgenommen. Heute gelangte sie vielmehr in die Hände des Absenders zurück mit dem freundlichen Rate, die Berichtigung der Neuen Zeit zugehen zu lassen. Unterschrieben ist der ablehnende Bescheid nicht, sondern er trägt nur den Stempel der Vorwärts-Redaktion. — Nach alledem, was in den letzten beiden Wochen geschehen ist, wundern wir uns auch nicht mehr über diese allerneueste Betätigung kollegialen Verhaltens seitens der neuen Männer im Vorwärts. Sie mögen nur so fortfahren und werden dann bald genug erfahren, wie groß das Vertrauen der Parteipresse zum journalistischen Anstand und zur Objektivität des Zentralorgans ist.

— **Die Generalkommission** der Gewerkschaften Deutschlands nimmt in der neuesten Nummer ihres Korrespondenzblatts Stellung zum Vorwärts-Konflikt. Soweit dadurch innere Parteiverhältnisse betroffen werden, will sich die Generalkommission nicht einmengen. Sofern dagegen Gewerkschaftsforderungen berührt werden, gelangt der Artikel zu dem Schlusse, daß das Verhalten des Parteivorstands und der Preßkommission geradezu verhängnisvoll sei, weil es den Grundlagen des Vertrauens und der Gerechtigkeit widerspreche, da den sechs Redakteuren nicht einmal nach ihrer Entlassung Gelegenheit gegeben worden ist, sich zu verteidigen.

— **Kommunalwahlsieg.** In Braunschweig war Genosse Aßmann bei der Stadtverordnetenwahl seinem Gegner unterlegen, der zwei Stimmen mehr wie er aufgebracht hatte. Die Wahl wurde wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten kassiert, und bei der nun am Dienstag und Mittwoch vorgenommenen Neuwahl erzielte Genosse Aßmann 1063, sein bürgerlicher Gegner 1045 Stimmen. Da 10 Stimmen zersplittert sind, hat Genosse Aßmann 4 Stimmen über die absolute Majorität erhalten.

— **Einen glänzenden Sieg** errangen unsere Parteigenossen bei der Stadtverordnetenwahl in Jüterbog. Die Genossen Pawera und Andreas wurden gewählt! — Bravo!

— **Totenliste der Partei.** In Unter-Türkheim starb der Genosse Kast. Unsere württembergischen Genossen verlieren in ihm ein äußerst reges Parteimitglied. K. war von Beruf Buchdrucker und diente sowohl der Partei wie dem Buchdruckerverband mit gleicher Aufopferung.

— **Ueber das Wachstum der französischen Arbeitersorganisationen** gibt das kürzlich erschienene Jahrbuch der Arbeitersyndikate eingehende Auskunft. Aus dem reichen Inhalt ergibt sich, daß die Zahl der Mitglieder sich seit 1898 verdoppelt hat. Seit diesem Jahre entwickelte sich die Zahl der Organisationen und der Stand ihrer Mitglieder wie folgt:

Jahr	Organisationen	Mitglieder
1898	2324	437 793
1899	2361	419 761
1900	2685	491 647
1901	3287	588 832
1902	3679	614 173
1903	3934	643 757
1904	4227	715 576
1905	4625	781 344

Unter den 781 344 Mitgliedern im Jahre 1905 befanden sich 69 405 weibliche, d. h. 8,9 Prozent der Gesammtmitgliederzahl. Die stärkste Mitgliederzahl, nämlich 221 683 haben die Arbeiter des Transport- und Handelsgewerbes; dann folgen mit 90 358 die Metall-, mit 79 676 die Textil- und mit 79 277 die Bergarbeiter. Von den Arbeitern des Baugewerbes sind nur 52 480 organisiert.

— **Der Sozialismus in Australien.** Die International Socialist Review von Chikago bringt einen Artikel aus der Feder des bekannten Genossen Tom Mann über die Entwicklung des Sozialismus in Australien. Es sind, so schreibt Tom Mann, kaum 15 Jahre her, seitdem man von einer politischen Arbeiterbewegung in Australien sprechen kann. 1890 brach der große unter dem Namen „Marinestreik" bekannte Ausstand der Schiffskapitäne und Matrosen aus. Dieser Streik und vor allem die offensichtliche Parteinahme der Regierung für die Unternehmer enthüllten den Arbeitern den wahren Charakter des Staates und der Regierung als einen Klassenstaat und eine Klassenregierung. Von diesem Zeitpunkt an datiert die politische Aufklärung der Arbeiter. Jetzt bestehen in allen Staaten des australischen Bundes Arbeiterparteien, und wenn auch die Sozialisten noch nicht in allen die Mehrheit haben, so sprechen die Gegner von ihnen doch nicht anders, als von „sozialdemokratischen" Parteien. Uebrigens sind in diesen Arbeiterparteien Gegner des Sozialismus nicht vorhanden, höchstens solche, die sich aus mangelnder Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt als Sozialisten noch nicht bekennen. Dies ist sehr erklärlich, denn bis vor wenigen Jahren beschränkte sich der ganze politische Kampf auf die Streitfrage um Schutzzoll oder Freihandel. Seit etwa drei Jahren schreitet die Entwicklung der Arbeiterpartei immer schneller fort und neigt mehr und mehr zum Sozialismus. Die Vertreter der Arbeiterklasse im australischen Bundesparlament sind zu zwei Dritteln Sozialisten. Gegner des Sozialismus sind unter ihnen nicht zu finden. Das Programm der Arbeiterpartei ist kein sozialistisches, aber die namhaftesten Führer haben sich öffentlich für den Sozialismus in einer Weise festgelegt, daß sie gar nicht mehr zurück könnten. Einen sehr weiten Schritt nach vorwärts haben die Vertreter der Arbeiterpartei sämtlicher Bundesstaaten in einer kürzlich abgehaltenen Konferenz in Melbourne getan, indem sie sich als entschiedene Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erklärten, die zu beseitigen sei durch Uebernahme der Produktionsmittel und die Kontrolle über die Produktion und Distribution durch die Allgemeinheit (Von uns seinerzeit im Wortlaut wiedergegeben.) Am Schlusse seines Artikels macht Tom Mann Mitteilung über die jetzige Stärke der Arbeiterparteien in den verschiedenen Staaten. In West-Australien befindet sich bereits seit zwölf Monaten ein Arbeiterministerium am Ruder. In Süd-Australien haben vor vier Monaten die allgemeinen Wahlen stattgefunden; sie wurden geführt unter der Wahlparole: Für und wider den Sozialismus. Das Resultat dieses Kampfes war eine große Vermehrung der Stimmenzahl und die Eroberung von neuen Mandaten, so daß die Arbeiterpartei in diesem Staate jetzt 15 Vertreter zählt, statt sechs in der vorigen Session. In Neu-Südwales und Viktoria spielt die Arbeiterpartei im Parlament die entscheidende Rolle zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern; in Tasmania wurden kürzlich vier Arbeiterabgeordnete gewählt. Nur in Neuseeland konnte die Arbeiterpartei bisher Wahlerfolge noch nicht erzielen. Tom Mann spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die australische Arbeiterpartei bald in gleicher Reihe mit der großen proletarischen Armee der übrigen Kulturwelt marschieren werde.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Aus Gera wird gemeldet: Die zu Sonnabend angekündigte Schließung der Webereien ist vollzogen. Die Färbereien haben gleichfalls ihre Arbeitsstätten geschlossen.

Wie die Armut der Armut hilft. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, Zahlstelle Gera, hat gemäß dem Beschlusse der letzten Gewerkschafts-Versammlung beschlossen, von den Mitgliedern der Geraer Ortsverwaltung so lange Extrabeiträge zu erheben, als die Aussperrung der Arbeiter in der Textilindustrie im Geraer Bezirk andauert und zwar für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche 10 Pf. pro Woche. So handeln nur klassenbewußte Arbeiter.

In der Tarifbewegung der Berliner Konditoren ist es zu ernsten Konflikten mit der Firma Werkmeister u. Retzdorff, Markusstraße 35, gekommen. Wegen Nichtbewilligung sind 50 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten.

Metallarbeiter. In der Eisengießerei Hölzle-Hakenjos u. Ko. in St. Georgen im Schwarzwald haben sämtliche Former und Kernmacher gekündigt.

Holzarbeiter. In der Tischfabrik von A. Hainke in Langenöls sind infolge Maßregelungen Differenzen ausgebrochen.

Erfolg der Arbeiter ohne Kampf. Die Elberfelder Farbenfabriken beschlossen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und einen 30prozentigen Zuschlag für die Sonntagsarbeit.

Der Friedensschluß im Kieler Baugewerbe ist, nachdem der Streik 17 Wochen gedauert hat, durch Unterzeichnung des neuen Lohnvertrages erfolgt. Am Freitag früh hat etwa die Hälfte der Maurer und ein großer Teil der Zimmerer die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Auch der Klempnerausstand ist beendet.

Eine Bauarbeiter-Aussperrung großen Stils ist am Sonnabend in Halberstadt vor sich gegangen. 400 Maurer und Bauhilfsarbeiter wurden ausgesperrt, weil sich auf zwei Bauplätzen die Maurer zugunsten der ausgesperrten 90 Zimmerer geweigert hatten, die niedergelegte Arbeit wieder aufzunehmen. Die Solidarität der Halberstädter Bauarbeiterschaft wird die Hoffnungen des Scharfmachertums zu nichte machen.

Der Holzarbeiterverband hat im ersten Halbjahr dieses Jahres für 13 895 Kollegen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2,5 Stunden pro Woche und für 19 325 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1.75 Mk. pro Woche errungen; das sind weit größere Erfolge, als sie im ersten Halbjahr des Vorjahres erzielt wurden (die Erfolge für das ganze Jahr 1904 waren: für 16 372 Kollegen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2,9 Stunden pro Woche und für 29 770 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1.82 Mk. pro Woche). Es wurden im ersten Halbjahr 1905 114 Angriffsstreiks geführt, an denen 6550 Personen beteiligt waren. Errungen wurde für 5524 Kollegen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2,8 Stunden pro Woche und für 5957 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1.80 Mk. pro Woche. Die größte Zahl der Lohnbewegungen, 290, an denen 14 090 Kollegen beteiligt waren, wurde ohne Streik erfolgreich beendet, was von der wachsenden Bedeutung der Organisation Zeugnis ablegt. Durch diese friedlichen Lohnbewegungen erlangten 4759 Kollegen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden pro Woche und 9986 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1.65 Mk. pro Woche. Die Lohnbewegungen in der zweiten Hälfte des Jahres dürften den gleichen Umfang haben wie die des ersten Halbjahres. Das sind schöne Erfolge, die nur immer wieder zu regerer gewerkschaftlicher Betätigung anreizen können.

Ausland.

General-Ausstand in Toulon. Die Arsenal-Arbeiter erklärten in einer von 5000 Arbeitern besuchten Versammlung, daß sie die Schritte der Hafenarbeiter billigten und einen allgemeinen Ausstand befürworteten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, 13. November.

Der Magistrat nimmt sich Zeit.

Der Stichwahl-Termin für die Stadtverordnetenwahlen ist bis jetzt noch nicht ausgeschrieben. Der Magistrat nimmt sich damit Zeit. Er hofft wohl, je längere Zeit verstreicht zwischen der Haupt- und der Stichwahl, desto mehr verraucht der vorhandene Zorn der Kommunalvereinler auf die Beamten, so daß die letzteren schließlich auf alle Stimmen ihrer brüderlichen Gegner werden rechnen können. Diese Kalkulation wird den Magistrat nicht trügen. Für unsere Parteigenossen liegt darin ein vermehrter Ansporn, unermüdlich tätig zu sein.

Genosse Fritz Kunert

hat nunmehr doch schon zur Abbüßung seiner dreimonatigen Gefängnisstrafe, welche er sich anläßlich seiner Rede in Halle, in der er die China-Greuel an den Pranger stellte, zugezogen hatte, das Gefängnis in Tegel bezogen. Die Verurteilung Kunerts zu der exemplarisch hohen Strafe hat die Entrüstung aller vorurteilslos denkenden Menschen hervorgerufen. Der ganze Vorgang ist unseren Lesern noch in lebhafter Erinnerung Hoffen wir, daß Genosse Kunert diese Strafe gut übersteht, damit er im Februar in voller Gesundheit und ungebessert in die Reihen des Klassenkampfes zurückkehrt.

Aus der Paulus-Gemeinde des Pfarrers Bach

geht uns ein Schreiben zu, welches wünscht, wir möchten doch den Pfarrer Bach ganz gehörig abschütteln, weil er (s. Notiz in Nr. 265 des Volksblattes) von „Unwahrheiten und Verdächtigungen" des Volksblattes redet, während doch er es sei, dem man Unwahrheiten nachweisen könne. Wenn er in dem Kirchenblatt für die Paulus-Gemeinde schreibe, das Disziplinarverfahren gegen den Küster Jencio könne noch nicht zu Ende geführt werden, so hätte es der Anstand erfordert, daß er auch hinzufügte, **warum** das Verfahren gegen Jencio noch nicht beendet werden kann, nämlich darum, weil gegen Bach selbst die Sache wegen des Falscheides noch schwebe, über die das Konsistorium nicht wegkommen könne. Ueberhaupt habe Bach wiederholt schon den heftigsten Unwillen bei Mitgliedern der Paulus-Gemeinde erregt durch die Art, wie er seine „angeborene Friedfertigkeit", von der er so gern rede, betätige So habe er vor einiger Zeit das angebliche „Cliquenwesen", das ihm nicht wohlgesinnt sei, gegeißelt, während man doch gerade ihm nachrede, er betreibe — natürlich für **seine** Zwecke — ein Cliquenwesen. Daß Bach es als selbstverständlich voraussetzt, die Mitglieder der Paulus-Gemeinde seien Volksblattleser, solle als schmeichelhaftes, wenn auch kaum beabsichtigtes Anerkenntnis dankend akzeptiert werden. — Dieser Tage sei Brauerei-Direktor Schneider unter Vorschützung beruflicher Ueberlastung aus dem Gemeinde-Kirchenrate ausgeschieden Monatlich 1—2 Stunden habe wohl aber jeder für ein Ehrenamt übrig, wenn ihm dasselbe nicht aus anderen Gründen verleidet werde. Es dürfe nicht vergessen werden, daß im Laufe dieses Jahres von acht Kirchenältesten **bereits vier ihr Amt niedergelegt haben**, obwohl sie sämtlich im Gemeindebezirk wohnen geblieben sind. Wolle man etwa **alle** diese Austritte auf „berufliche Ueberlastung" zurückführen?

Wir können zu dem Streit mit dem Pfarrer Bach nur wiederholen, was wir bereits gesagt haben. Die Gemeinde soll die sofortige Abberufung des Mannes fordern, wenn tatsächlich der große Teil der Gemeinde ihm diejenige Achtung versagt, die ein „Seelsorger" genießen muß. Kommt das Konsistorium dem Verlangen nicht nach, so sehen die Gemeindeglieder, wie es in der Kirche mit dem Selbstbestimmungsrecht aussieht. Dann sollten sie aus der Kirche treten, oder wenigstens einen regelrechten Streik inszenieren; niemand dürfte mehr die Kirche besuchen, wenn Bach amtiert, so daß er merkt, wie die Gemeinde zu ihm steht. Lassen aber die aufgebrachten Gemeindeglieder alles beim alten, beschränken sie ihre Abwehr auf kraftloses Räsonnieren, so geschieht ihnen nicht zuviel, wenn Bach vom Konsistorium gehalten wird; denn jeder wird behandelt, wie er sich's bieten läßt. Herrn Bach fordern wir aber erneut auf, uns die „Unwahrheiten und Verdächtigungen" nachzuweisen, wenn er nicht als Lügner dastehen will.

Fleischnot is nich!

Der Bericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes für den Monat Oktober gibt folgende Gegenüberstellungen der Schlachtungen pro Oktober 1904 und 1905:

Es wurden geschlachtet:	1904	1905
Ochsen oder Bullen	876	433
Kühe oder Färsen	589	548
Kälber	1172	1022
Schafe	1389	1499
Schweine	4360	3881
Pferde	251	320

Man sieht aus diesen Ziffern, daß die Schlachtungen für Kühe, Kälber und Schweine enorm abgenommen haben, während die der Ochsen und Schafe etwas zunehmen. Verhältnismäßig hoch ist aber die Zunahme der Pferdeschlachtungen. Trotz dieser für die Volksernährung ungesunden Ziffern wird das Argument des Fleischwuchers nach wie vor lauten: Fleischnot is nich!

Mit Hinterlist

hatte, wie wir seinerzeit berichteten, die Arbeiterfrau Pauline Loik ihren Hausnachbar, den Schlosser Dinger aus der ersten Etage zum Fenster hinaus in den Hof gestürzt. Dinger hatte eines Tages mit dem Ehegatten der Frau Loik eine kleine Bierreise gemacht, und beide Personen waren zum Verdruß der Frau Loik etwas angeheitert nach Hause gekommen. Als der Ehemann Loik unten auf dem Hof Platz genommen, schimpfte seine Frau zum Fenster hinaus. Dinger ging zu Frau Loik, um diese zu beruhigen und lehnte sich dann zum Fenster hinaus, um mit Loiks Hut Fangeball zu spielen. Da, auf einmal geriet Frau Loik in Zorn; sie schlich auf den Fußspitzen an Dinger heran, packte ihn von hinten an den Füßen und warf ihn unbarmherzig zum Fenster hinaus. Dinger hatte sich das Knie und die Wirbelsäule verstaucht, und Frau Loik war am Sonnabend wegen Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalles vor dem Schöffengericht angeklagt. Sie wurde mit sechs Monaten Gefängnis bestraft. Glücklicherweise hat der gefährliche Sturz für Dinger keine dauernden Folgen gehabt.

Die bevorstehenden wichtigen Ereignisse,

wie die **Wiedereröffnung des Reichstages** rc. veranlassen jeden, auf eine politische Tageszeitung, die ihn über alle Vorkommnisse unterrichtet, zu abonnieren. Der Kapitalist liest die Presse, welche ihm dient! Der Fabrikant liest die Zeitung, die seine Interessen verficht! Dasselbe Recht steht den Arbeitern zu. In der heutigen Zeit, wo sich die Klassenkämpfe immer mehr zuspitzen, darf in keiner Arbeiterfamilie **das Arbeiterblatt**, die sozialdemokratische Presse — denn nur diese vertritt die wirklichen Arbeiterinteressen — fehlen!

Wer in ständiger Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats stehen will, wer Aufklärung und neue Anregung zu weiterem Lernen und Denken sucht, der muß Abonnent des **Volksblattes für Halle** werden, in der auch die Angriffe der Gegner mit Wucht und Begeisterung abgeschlagen werden

Wie die Gegner, so muß auch jeder Arbeiter zum Agitator für seine Zeitung, das **Volksblatt**, werden! Je größer die Verbreitung sein wird, je größer die Macht, desto besser kann der Kampf gegen die Verdummung und Vermuckerung, gegen Knechtschaft und Unterdrückung aufgenommen werden Denn immer energischer, immer verzweifelter, immer rücksichtsloser werden die Feinde des Volkes Bald unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit, bald mit brutaler Offenheit suchen sie dem Proletariat die schmalen Rechte aus der Hand zu winden oder zu verkümmern Solchen Attentaten vorzubeugen, gilt es, daß dafür gesorgt wird, daß das Arbeiterblatt, das **Volksblatt für Halle** immer mehr an Macht gewinnt! Darum auf zur Agitation für das **Volksblatt**. Wer Anspruch auf den Ehrennamen „Sozialdemokrat" macht, der werde zum Agitator und Kämpfer für seine Sache.

* **Die Differenzen der Kupferschmiede bei A. Wernicke sind erledigt.** Mit dem Ausstand bei obiger Firma befaßte sich am Sonnabend abend eine außerordentliche Versammlung der Kupferschmiede-Organisation. Die Firma hat am Freitag durch Verhandlungen den Tarif voll und ganz anerkannt, außer einer kleinen Abweichung inbetreff der Montage-Zulage. Infolgedessen ist durch Versammlungsbeschluß **der Streik und die Sperre über die Firma A. Wernicke aufgehoben** und es wird Montag, den 13. d. M., von sämtlichen Kupferschmieden, welche vor dem Streik bei der Firma tätig waren, die Arbeit wieder aufgenommen. Nur dem festen Zusammenhalten der Kollegen und der Organisation ist es zu danken, daß die Firma A. Wernicke in so kurzer Zeit den Tarif anerkanut hat Es haben somit nun alle Firmen bewilligt, außer Meister Götze, Giebichenstein, wo nach wie vor die Sperre weiter verhängt bleibt.

* **Die Gewerbegerichts-Beisitzer** halten ihre nächste Sitzung **nicht Mittwoch** sondern ausnahmsweise am **Donnerstag, den 16. November** im „Weißen Roß" ab Erscheinen aller Beisitzer ist erforderlich. Der Betrag für die Gewerbegerichts-Zeitung ist mitzubringen.

* **Die Bau-Kommission** hält am 14. November 1905, nachmittags 5 Uhr, im Kommissionszimmer eine Sitzung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Herstellung eines Gitters auf dem Stadtgottesacker zum Abschluß gegen die östlich belegenen Parkanlagen. 2. Petition des Vierten Kommunalen Wahlbezirksvereins, den östlichen Teil des Stadtgottesackers **nicht** dem öffentlichen Verkehr zu übergeben. 3. Fluchtlinien- und Höhenlage-Festsetzung für die Dessauerstraße, zwischen der Halberstädter Eisenbahn und dem sogenannten Landrain. 4. Gehaltsregulierung eines Beamten. 5. Verstärkung des Kredits „Herstellung eines Kanals in der verlängerten Talstraße". 6. Erbauung einer Bedürfnisanstalt in der Delitzscherstraße. 7. Abrechnung über die Kosten der Entnebelungsanlage auf dem Schlachthof und Nachbewilligung. 8. Antrag, betreffend die Herstellung von Mosaikwegen auf dem Böllbergerwege und der Merseburgerstraße. 9. Herstellung der Wasserleitung in der Raffineriestraße. 10. Petition, betreffend Ueberschwemmungen in der Zieten-, Seydlitz- und Leopoldstraße. 11. Petition wegen Höherlegung des Bürgersteigs im Moritzzwinger. 12. Petition wegen Erlaß nochmaliger Zahlung von Kanalanschlußgebühren in der Gr. Ulrichstraße. 13. Denkschrift und Nachweisung über den Gesamtaufwand für technische Arbeiten beim Stadtbauamt. 14. Petition wegen Anrechnung eines gezahlten Kanalkostenbeitrags auf die für das Grundstück Leipzigerstraße Nr. 10 geforderten Kanalanschlußgebühren. 15. Pflasterung der Grimmstraße. 16. Erbauung einer Bedürfnisanstalt auf der Peißnitz.

* **Mitteilung des Partei-Sekretariats.** Im Gasthofe zum Silbernen Adler, Inhaberin Frau **Bettenhausen**, Adolfstraße, wird kein Rauchfußer Bier mehr verzapft. Dies ist auf der Liste zu berichtigen.

* **Zu der Wiedereröffnung des Postverkehrs nach Rußland** gibt der Staatssekretär des Reichspostamtes folgendes bekannt: Pakete jeder Art sowie Wertbriefe a) nach Rußland mit Ausnahme des General-Gouvernements Warschau (Russisch-Polen) und mit Ausnahme von Finnland (über Rußland), b) nach anderen Ländern im Durchgang durch Rußland werden von den Postanstalten wieder zur Beförderung angenommen Paket- und Wertsendungen werden über Eydtkuhnen — Kibarty geleitet, Postfrachtstücke jedoch nur insoweit, als der Absender nicht die Leitung über Oestreich (Podwoloczyska) vorgeschrieben hat. Pakete nach Finnland auf dem direkten Seewege über Lübeck oder über Schweden sind nach wie vor zur Beförderung zugelassen.

* **Der auf den 22. November fallende Bußtag** ist ein allgemeiner Bußtag. Er wird gefeiert in Preußen, Anhalt, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lippe, Lübeck, Oldenburg, Reuß ä. L. und j. L., Königreich Sachsen, jämtlichen thüringischen Staaten, Schaumburg-Lippe und Waldeck-Pyrmont.

* **Sternschnuppenfälle** stehen in der Zeit vom 12. bis 14. und vom 27. bis 29. November in Aussicht.

* **Von Krämpfen** wurde gestern abend ein Besucher des Neuen Theaters nach Schluß der Vorstellung am Eingange daselbst befallen. Der Bedauernswerte mußte mittels Sanitätswagen nach seiner in der Schwetschkestraße belegenen Wohnung geschafft werden. Jedenfalls war die lange Dauer der Theatervorstellung — dieselbe war erst nach ½12 Uhr beendet — zu viel der Anstrengung für die schwache Natur des Betreffenden gewesen.

* **Drucksachen mit unzulässigen Aufdrucken.** Gegenüber dem nicht seltenen Vorkommen von Umschlägen und Streifbändern für Drucksachen, welche auf der Außenseite Vermerke tragen, wie: „Wichtig. Nicht in den Papierkorb"; „Die angekreuzten Stellen sind zu beachten"; „Falls ohne Interesse, Annahme verweigern"; „Die angestrichene Stelle dürfte Sie besonders interessieren" und dergl. — hat das Reichspostamt darauf aufmerksam gemacht, daß solche Vermerke, welche die Eigenschaft einer brieflichen Mitteilung haben, nach § 3 der Postordnung **unzulässig** sind. Drucksachen dieser Art sollen zur Postbeförderung nicht zugelassen sondern den Absendern zur Beseitigung der Vermerke zurückgegeben werden.

* **Ein Opfer der Arbeit** ist vor einigen Tagen die Frau des Bohrers Otto Allmig von Hohenthurm durch die Unachtsamkeit des Oekonomen Stoye geworden. Die Frau kam, weil keine Schutzvorrichtung vorhanden war, in die Welle des Hebelwerkes und wurde mehrere Male herumgeschleudert. Die Verletzungen sind derartig schwere, daß die Verunglückte kaum mit dem Leben davon kommen dürfte.

* **Gefundene und verlorene Gegenstände.** In der Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1905 sind nachstehende Gegenstände als **gefunden abgegeben** resp. angemeldet worden: 1 Trauring, 1 Herrenring mit gelbem Stein, 1 goldener Schlangenring mit rotem Stein, 1 minderwertige Remontoiruhr, 1 Revolver mit 6 Patronen, 1 lederne Pferdedecke, 1 braunes Lederportemonnaie ohne Inhalt, 1 gelber Spazierstock mit silberner Krücke und Dedikation, 2 Meter roter Barchent, 1 Kostumjacke, 1 Stück Seife, 1 grauleinener Beutel mit 27 Mark Inhalt, 1 silberne Ankeruhr mit Kapsel.

In derselben Zeit sind als **verloren** angemeldet: 1 wildlederne braune Handtasche, L. S., mit Opernglas, 1 schwarzes Portemonnaie mit ca. 7—8 Mk., 1 dito mit 4.30 Mk., 1 dito mit ca. 17 Mk., 1 dito mit 9.50 Mk. und 1 Geldschrankschlüssel, 1 weißes Taschentuch mit 30 Mk. in Gold, 1 Lederportemonnaie mit ca 20 Mk. Inhalt, 1 dito mit 10 Mark, 1 rotes Damenportemonnaie mit 10—12 Mk. Inhalt, 1 grünes Arbeitstäschchen mit verschiedenem Inhalt, 1 Seehundportemonnaie mit 75 Pf. Inhalt, 1 goldene Damenuhr mit dito Kette Nr 327490, 1 goldene Brille in braunem Futteral. 1 Damenregenschirm. 1 schwarzer Damengürtel mit silberner Schnalle, 1 Granathaarnadel in 1 Stein gefaßt. 1 Klemmer mit schwarzer Fassung, 1 Couleur-Armband weißhellblau-rosa mit Dedikation. 1 Brillantbrosche, 1 Armband aus Lavamasse. 1 lange goldene Uhrkette mit Lorgnette, 1 goldene Damenremontoiruhr ohne Kette (Souvenir), 1 goldenes Kollier mit goldener Kette, 1 Doppeltrauring mit Koralle, 1 goldener Klemmer 1 Hypothekenbrief über 4000 Mk. auf den Namen Laub in Lossa, 1 silberne Zylinderuhr ohne Kette mit Weinzipfel, 1 graue Geldtasche mit gold. Kettchen und verschied Kleinigkeiten, Legitimationspapiere auf den Namen Heinrich John 1 braunes Plüsch-Arbeitstäschchen mit versch. Inhalt, 1 schwarzer Seidenstoffgürtel mit einer perlenbesetzten Schnalle, lila Steine. Bezügliche Auskunft wird während der Dienststunden im Polizei-Sekretariat IV. Rathausstraße 19, Zimmer Nr 56, erteilt

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Die für morgen angesetzte Aufführung von Richard Wagners Siegfried beginnt um 7 Uhr. — Am Mittwoch findet die vierte Aufführung des Schauspiels Der Privatdozent von Wittenbauer statt. Für den 4 Abend des Shakespeare-Zyklus ist das Lustspiel Was Ihr wollt in Vorbereitung.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Am Dienstag beginnt der Ibsen-Zyklus mit einer Aufführung des vieraktigen Schauspiels Die Stützen der Gesellschaft und werden noch Abonnements bis am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, ausgegeben. Wie bereits gemeldet, ist es Herrn Direktor Mauthner gelungen Herrn Emil Meßtaler, den bekannten Ibsen-Darsteller zu einem Gastspiel im Ibsen-Zyklus zu gewinnen. Als erste Gastrolle wird der Künstler den Oswald in Gespenster darstellen. Die Abonnenten des Ibsen-Zyklus genießen den Vorteil dieses Gastspiels ohne jede Preiserhöhung, für Nicht-Abonnenten gelten an den Meßtaler-Abenden Gastspielpreise.

* **Aus dem Bureau des Walhalla-Theaters.** Für morgen, Dienstag, abend hat sich ein bekannter hiesiger Herr gemeldet, um den Ringkampf mit den Bären aufzunehmen. Dieser Ringkampf verspricht sehr interessant zu werden. Wie wir hören, hat die Direktion einen Preis von 200 M. angesetzt, wenn der Bär Muffel regelrecht besiegt wird. Der Ringkampf beginnt ¼10 Uhr, außer dem Auftreten aller anderen Spezialitäten.

Ammendorf, 11. November. (E. B.) **Rabiate Wirtsleute.** Der Zimmermeister Wilhelm Ronniger und seine Ehegattin Marie Ronniger geb. Ferkel sind Verwalter eines Grundstücks, in dem der Maler Zomel wohnte. Als Zomel mit der Miete etwas im Rückstande war, sollte er exmittiert werden, weshalb Ronnigers am 6. Juni in Zomels Wohnung kamen, um die Miete zu fordern. Zomel erklärte sich bereit, einen Teil der Miete sofort und den andern später zu zahlen. Die Wirtsleute gingen zunächst, kehrten aber bald wieder zurück und verlangten sofortige Räumung der Wohnung. Zomel forderte nun die Wirtsleute auf, seine Wohnung zu verlassen, die nach längerem Zögern schließlich gingen, aber ankündigten, abends mit „verstärkter Macht" wiederkehren und Zomel mit Familie rauswerfen zu wollen. Um ihrer Drohung Nachdruck zu verleihen, hängten die Wirtsleute auch noch die Tür aus. Am Sonnabend stand das Ehepaar Ronniger wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch vor dem Halleschen Schöffengericht unter Anklage. Beide Personen wurden zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt, und das Gericht bedauerte, daß nicht auch wegen Nötigung Strafantrag gestellt worden ist.

Diemitz, 11. November. (Eig. Ber.) **Wie man Gläubiger nicht behandeln darf,** das mußte sich am Sonnabend vor dem Schöffengericht die Malerfrau Minna Moritz erklären lassen. Sie bezw. ihr Mann hatten im Jahre 1903 von der Möbelhändlerin Heise mehrere Sachen: Sekretär, Eßtisch, Stühle usw. durch Leihkontrakt auf Abzahlung entnommen. Da das Ehepaar Moritz seinen Abzahlungspflichten nach wiederholten Mahnungen nicht nachkam, erschien Frau Heise am 26. Juni in der Behausung der Frau Moritz, um die Sachen abzuholen. Ein Dienstmann stand unten vor der Wohnung zum Aufladen der Sachen bereit, trat aber nicht in Funktion. Als Frau Heise nach längerem Verhandeln Geld nicht erhalten und den Tisch zum Hinausschaffen ergriffen hatte, verschloß Frau Moritz die Tür steckte den Schlüssel in die Tasche und wurde handgreiflich. Um sich zu befreien, wollte Frau Heise die Türfüllung eintreten. Dadurch geriet Frau Moritz derartig in die Wolle, daß sie ihre Partnerin auf den Tisch warf, sie am Halse würgte und in den Finger biß. Eine Hausnachbarin, die den Spektakel vor der verschlossenen Tür mit anhörte, schrie Hilfe Nach längerem Leiden wurde Frau Heise freigelassen. Frau Moritz, die wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung angeklagt war, wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Lettin, 12. November. (Eig. Ber.) **Finniges Schwein.** Ein gestern bei der Witwe Jünemann geschlachtetes 3½ Zentner schweres Schwein wurde vom Fleischbeschauer als von Finnen vollständig durchsetzt vorgefunden, vom Bezirkstierarzt als ungenießbar bezeichnet und verworfen. Die Geschädigte gehört als Mitglied dem Nietlebener Viehversicherungsverein an, durch welchen sie vor dem größten Schaden bewahrt bleibt.

Niemberg, 10. November. (Eig. Ber.) **Ein fein eingefädelter Schwindel** brachte den Buchhalter Johannes Adolf **Heidt** von hier wegen Urkundenfälschung und versuchten Betruges auf die Anklagebank der Strafkammer Halle. Der Angeklagte war Angestellter der hiesigen Molkerei, die mit der Halleschen Genossenschaftsbank im Geschäftsverkehr steht. Eines Tages im Oktober wurde der Bank angeblich vom Direktor der Molkerei mitgeteilt, es werde ein Bote erscheinen, der 4000 Mk. abheben müsse; welche Papiere dazu nötig wären. Nach Erteilung der Auskunft erschien bald der Buchhalter Heidt und verlangte auf Grund einer Quittung, unterzeichnet vom Vorstande, jenen Betrag. Da die Unterschriften den Bankbeamten verdächtig erschienen, zögerte man mit der Herausgabe des Geldes. Auch in Niemberg, wo man zufällig eine gefälschte Kopie gefunden hatte, schöpfte man Verdacht, da sich der Buchhalter am genannten Tage Urlaub nach Halle, um einen Zahnarzt zu konsultieren, genommen hatte. Als man das Telephon benutzen wollte, um die Bank zu warnen, entdeckte man, daß die Drähte verbogen und Wattenstücke am Apparat eingeschoben waren, um ein Gespräch nach auswärts zu verhindern. Der Angeklagte merkte schließlich, daß man seine Tat entdeckt hatte; er lief weg und wurde von einigen Bankbeamten an der Pauluskirche eingeholt. Bald darauf räumte er die Tat ein. Gestern erklärte er vor Gericht, er habe die 4000 Mk. zur Befriedigung seiner Gläubiger verwenden wollen, weil sein Vater, der Steuer-Assistent ist, für ihn gut gesagt hatte. Der Angeklagte, der 27 Jahre alt ist, war früher selbständig gewesen und bezog von der Molkerei-Genossenschaft ein Monatsgehalt **von 70 Mark**. Damit konnte er nicht auskommen, geschweige dann noch Schulden bezahlen. Die Bank zu schädigen, will der Angeklagte nicht beabsichtigt haben; er habe nur seinen Vater helfen wollen und die Absicht gehabt, das Geld nach und nach zurückzuzahlen. Der Angeklagte wurde antragsgemäß zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus den Nachbarkreisen.

Landsberg, 11. November. **Erbauliches und Beschauliches aus der Stadtverwaltung.** Die Hallesche Strafkammer beschäftigte sich am Freitag wieder mit dem Kommunalspektakel, über den wir wiederholt berichtet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621905114-14/fragment/page=0006
DFG

haben. Im Monat März dieses Jahres wurden der Schneidermeister Max Janke, der Stadtverordneter ist, von der Hallenschen Strafkammer wegen Beleidigung des Bürgermeisters Kunze, des Stadtsekretärs Franze und des Polizeibeamten Mattusseck zu 150 Mark Geldstrafe und zwei Wochen Gefängnis und der frühere Redakteur des Landsberger Nachrichtenblattes, Hermann Pezely, wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten beide Angeklagte bei dem Reichsgericht mit Erfolg Revision eingelegt. Das Reichsgericht rügte Beschränkung der Verteidigung und verwies die Sache zur nochmaligen Prüfung an die Vorinstanz zurück. Es waren über 20 Zeugen geladen, die heute auf Antrag der Angeklagten vernommen werden mußten. Als Nebenkläger der Stadtverwaltung fungierte Rechtsanwalt Plättig, als Verteidiger der Angeklagten Rechtsanwalt Spilling. Die beleidigenden Aeußerungen sollten gefallen sein in einer Versammlung des Bürgervereins, in der die Angeklagten sich über das Tun und Treiben der Herren Kunze, Franze und Mattusseck geäußert hatten. So war von Janke gesagt worden, der Bürgermeister hätte die Schulkinder durch unangebrachte Sparsamkeit beim Volksfest um die Limonade geprellt; Stadtsekretär Franze hätte sich Gelder angeeignet, die er nicht nehmen durfte und Polizist Mattusseck hätte sich mehrere Uebergriffe erlaubt. Pezely soll gesagt haben, die da oben (im Magistrat) müßten sich schämen.

Beide Angeklagte behaupten die Aeußerungen nicht in der dargelegten Weise getan zu haben und erklärten, den Wahrheitsbeweis darüber erbringen zu können, daß eine Reihe grober Verstöße vorgekommen sind. Der Bürgerverein, der seit 1901 bestehe, sei in einer fast unglaublichen Art verfolgt worden, weil er einige Sozialdemokraten als Mitglieder aufgenommen hatte; Versammlungsverbote erfolgten zu Unrecht 2c. Es sei Tatsache, daß die Stadtverwaltung sehr häufig am unrechten Platz gespart habe. Daß der Bürgermeister den Kindern die Limonade „abgeknöpft" hat, habe Janke nicht gesagt; auch von Unterschlagungen Franzes sei nicht direkt geredet worden.

Die Verhandlung dauerte von früh 10 bis nachmittags 4 Uhr und die Beweisaufnahme entrollte manch prächtiges Bild. Im Vordergrund des Interesses stand der Polizist Mattusseck, der recht belastend für die Angeklagten aussagte, sich aber häufig dabei in Widersprüche verwickelte, da eine ganze Reihe Zeugen direkt gegen ihn auftraten. Da traten Zeugen auf, die bekundeten, daß Mattusseck gelegentlich einer Anzeige gesagt hatte „ehe Ihr Euch bestrafen laßt, gebt mir lieber einen Taler" Der Polizist ist auch einmal wegen Beleidigung Jankes mit einer Geldstrafe belegt worden. Als man dem Beamten einmal sagte, man wolle bloß dahin wirken, daß die Städteordnung geachtet werde, soll er entgegnet haben, „ach sch au Eure Städteordnung". Zwei Frauen bekundeten, einmal „a. e Mattusseck gesagt: „Wenn Ihr Kartoffeln mausen wollt, dann macht nicht in unserm Bezirk." Als sie dann von einem andern Bezirk Kartoffeln „gemaust" hatten, habe Mattusseck sie aufgelauert und sie aufgefordert, die Kartoffeln in M.s Wohnung zu bringen. Die Frauen sind dann wegen Felddiebstahls mit je 30 Mark bestraft worden und haben ihre eingezogenen Körbe zurückkaufen müssen. Auf Befragen des Verteidigers des Angeklagten, wo denn nun eigentlich die entwendeten Kartoffeln geblieben sind, sagt Mattusseck zunächst, die habe der betreffende Gutsbesitzer zurückerhalten. Später verbesserte sich der Beamte dahingehend, er habe die Kartoffeln gekauft, die allerdings „billig" gewesen wären; was er dafür gezahlt habe, das wisse er nicht mehr. Landrat v. Busse äußerte sich darüber, daß Mattusseck Hazard gespielt und dies bei einer Untersuchung zunächst in Abrede gestellt habe. Als Mattusseck etwas in die Enge getrieben wurde, sagte er: „Wir haben alle Spiele, aber bei keinen Einsätzen mal gemacht." Pezely wirft ein, er wisse aber, daß man sogar um 20 Mk. gespielt habe.

Stadtsekretär Franze muß nach längerer Nötigung durch den Verteidiger der Angeklagten zugeben, daß er neben seinem Amte ein kleines Auskunftsbureau betrieben und von einem Schuhmacher in Jena einmal drei Mark für eine amtliche Auskunft erhalten habe. Einen kleinen Nebenverdienst mit Genehmigung des Bürgermeisters verschaffte sich der Stadtsekretär dadurch, daß er sich für jede Radfahrerkarte, die er ausstellen mußte, zehn Pfennig für seine Bemühungen gutrechnete. Wegen dieser eigenartigen Handlung ist Franze disziplinarisch bestraft worden.

Recht charakteristisch für die Art und Weise, wie sich ein Gastwirt unter die Fuchtel der Stadtverwaltung begab, war folgende Episode. Als der Gastwirt Reißhauer der Filiale des Maurerverbandes seinen Saal zu einer Versammlung zur Verfügung gestellt hatte, ging er zum Bürgermeister Kunze und fragte ihn, ob es ihm wohl etwas schaden könne, daß er zu solchen Zwecken seinen Saal hergegeben habe. Darauf soll der Bürgermeister gesagt haben, wenn Sie nun einmal den Saal hingegeben haben, dann lassen Sie es diesmal geschehen. Lieber wäre es mir, Sie hätten das nicht getan; tun Sie es lieber nicht wieder. Es gelangte hierauf ein von dem Nebenkläger der Stadtverwaltung vorgelegtes Protokoll zur Verlesung. Darin befindet sich ein Brief Reißhauers, in dem es u. a. heißt: Ich habe nun nicht mehr die Absicht, den Leuten (Mitglieder des Bürgervereins) meinen Saal zur Verfügung zu stellen. Der Verein hat den Weg der Ordnungspartei verlassen, denn es sind sogar Personen eingetreten und aufgenommen worden, die sich offen zur Sozialdemokratie bekennen. Das geht mir zu weit und ich erkläre deshalb meinen Austritt aus dem Verein. Einige Zeit nach dem hübschen Briefe soll das Militärverbot über das Lokal aufgehoben worden sein. Stadtverordneter Janke bemerkt, daß der Bürgerverein gezwungen sei, seine Versammlungen in seiner Wohnung abzuhalten. Die Stadtbehörde habe ihn deshalb als „Umsturzler" betrachtet, weil er bei der vorgangenen Landtagswahl als Wahlmann der vereinigten nationalliberalen und liberalen Partei fungiert habe. Dem Vater des Gärtners Jungmann, so erklärte Janke und sein Verteidiger, ein Mann, der mit Gutsbesitzern 2c. in Geschäftsverbindung stand, sei von Magistratsmitgliedern der Vorwurf gemacht worden, er sei Sozialdemokrat. Diesen Vorwurf und eine damit in Verbindung gebrachte Beleidigungsklage, gegen ihn, hatte sich der alte Herr derartig zu Herzen genommen, daß er seinem Leben durch Erhängen ein Ende machte. — Die tragikomische Verhandlung erreichte damit ihr Ende, daß Janke wieder wegen Beleidigung in drei Fällen zu 100 Mark Geldstrafe, zwei Wochen Gefängnis und Pezely zu 50 Mark Geldstrafe ev. zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurden. — Bemerkt sei noch zum Ueberfluß, daß Janke beklagt, er sei durch die Prozeßgeschichten in seinem Erwerb ganz bedeutend geschädigt worden; Pezely hat seine Zeitung verkauft und dem Städtchen Landsberg den Rücken kehren müssen. — Wer will da noch bestreiten, daß Deutschland Freiheit ist?

Eilenburg, 10. Nov. (Eig. Ber.) Schwer gebüßt für einen leichtsinnigen Streich hat ein hier wohnender Schneidergehilfe aus Taucha. Derselbe hatte am vergangenen Sonntag im hiesigen Restaurant zum Anker in einem unbewachten Augenblick die Geschäftskasse entwendet, war aber erappt worden, und die Angelegenheit wurde der Polizei übergeben. Am Donnerstag früh hat sich der 18jährige junge Mann aus Angst vor der zu erwartenden Strafe erhängt.

Merseburg, 15. November. Die Stichwahl der 3. Abteilung zwischen dem Schneidermeister Rügow und unserem Genossen Kassierer Julich findet am Donnerstag, den 30. November, statt. Die Parteigenossen werden auch an dem Tage wieder voll auf dem Posten sein.

Merseburg, 10. Nov. Vertreterwahlen in der Gemeinschaftlichen Ortskrankenkasse. Am Sonntag, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet im Herzogl. Christian eine Besprechung behufs Aufstellung der Vertreterliste statt. Die Kassenmitglieder werden ersucht, sich zahlreich einzufinden. Die Vertreterwahlen finden Sonntag, den 19. d. M., von nachmittags 3—6 Uhr, ebenfalls im Herzogl. Christian statt.

Modelwitz b. Schkeuditz, 10. Nov. Die Volksschule, wie sie ist, und wie sie sein soll. Ueber dieses Thema sprach am Sonntag in einer sehr gut besuchten Versammlung Genosse Rühle-Leipzig. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem: In den Kreisen der Gelehrten ist man sich noch nicht klar, ob die Erziehung der Kinder eine Kunst oder eine Wissenschaft ist. Durch die Erziehung soll der Mensch selbständig gemacht werden, jedoch erfüllt die Volksschule von heute diesen Zweck nicht sondern erzieht den Menschen zu Knechtsnaturen, zu Sklaven, die nur Güter zu erzeugen haben für die herrschende und besitzende Klasse. Wenn der durch das Volksschulgesetz bestimmte eingebrillte Religionsunterricht die Sittlichkeit heben und fördern soll, so ist eher das Gegenteil erreicht worden. Frankreich hat den Religionsunterricht seit einigen Jahren aus den Schulen entfernt, ohne Schaden genommen zu haben an der Sittlichkeit. Japan als religionslos verschmähtes Land steht sittlich höher als wir. Bei uns nehmen gerade in den frommen und religiösen Gegenden die Verbrechen in erschreckendem Maße zu. Einer vernünftigen Anschauung gab vor kurzem die Bremer Lehrerschaft Raum, indem sie in einer Resolution an den Senat wünschte, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen. Sie ist aber leider von der übrigen Kollegenschaft Deutschlands im Stiche gelassen worden. Ebenso erreicht auch die geistige Erziehung ihr Schutzziel nicht und bleibt weit zurück, weil eine individuelle Beobachtung über die Begabung der Kinder nicht geübt, und nur schablonenhafter Unterricht nach Dressurmethode erteilt wird. Unbedacht bleibt oft der Wert der Schularzte, die nachgewiesen haben, daß oftmals die Hälfte der Kinder krank an Körper sind infolge der ungenügenden Pflege und Ernährung. Wir verlangen vom Staat die Beschaffung der Lehrmittel und der Ernährung, um ein geistig gesundes Volk heranbilden zu können. Mit einem Appell an die Stärkung der Partei und der Parteipresse, um baldigst bessere Verhältnisse herbeizuführen, schloß der Referent mit großem Beifall seinen Vortrag. Die brieflich eingelaufenen hiesigen Lehrer, sowie der Pastor Herrmann hatten es vorgezogen, auf schriftlichem Wege sich mit fadenscheinigen Gründen zu entschuldigen und fernzubleiben, wie diese Herren stets die öffentliche Diskussion vermieden haben.

Stedten, 13. Nov. (E. B.) Eisenbahn-Unfälle und kein Ende. Der ½8 Uhr gestern von Röblingen nach Querfurt fahrende Personenzug entgleiste an der Kurve auf hoher Böschung kurz vor Stedten. Die Maschine stürzte die Böschung herunter und ein Personenwagen 3. Klasse kippte um. Der Heizer wurde anscheinend nur leicht verletzt. Weitere Verletzungen waren glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Die Passagiere kamen mit einem bloßen Schrecken und einem derben Stoß davon. Der Verkehr mußte durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Recht sonderbar berührte es die Passagiere, als der Zug ¾12 Uhr fast völlig ohne Beleuchtung bis Röblingen geführt wurde. Namentlich in den Wagen 4. Klasse, indem viele Arbeiter mitfuhren, herrschte völlige Dunkelheit. Ob der Schreck von dem Unglücksfall oder Sparsamkeitsrücksichten die Ursache der Nichtbeleuchtung war, entzieht sich unserer Kenntnis.

Zeitz, 13. November. Oeffentliche Volksversammlung. Am Dienstag, abends 8½ Uhr, findet in der Wilhelmshöhe die öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Thiele über die Stadtverordnetenwahl spricht. Zugleich wird auch Bericht erstattet über den Ausfall der Angelegenheit gegen die Brauerei Oettler. Die Arbeiterschaft möge also zahlreich vertreten sein.

— Ein neues Werk! In einigen Tagen wird die Bäckerei des hiesigen Konsum-Vereins so weit fertiggestellt sein, daß mit dem Backen von Brot begonnen werden kann. Die Arbeiter, so weit sie als Mitglieder dem Konsum-Verein angehören, haben sich damit auf eigene Füße gestellt. Das Brot wird auf einem Dampf-Backofen hergestellt, in Kürze wird dann auch mit dem Backen der Weißware begonnen werden. Hoffentlich lernt daraus die übrige Arbeiterschaft und schließt sich dem Konsum-Verein an. Sie wendet dann nicht mehr ihr sauer verdientes Geld den Bäckermeistern und Kaufleuten zu, sondern verwendet es direkt für sich.

Am 22. November (Am Bußtag) findet im Diana-Saal die nächste General-Versammlung des Konsum-Vereins statt.

Weißenfels, 13. November. Mit den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen beschäftigte sich Sonnabend eine zahlreich besuchte Volksversammlung in Stadt Naumburg. Stadtverordneter Genosse Lehmann-Leipzig hielt über das Thema Sozialdemokraten in Gemeindevertretungen einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchem er zu dem Schluß kam, daß nur sozialdemokratische Vertreter im Gesamtinteresse der Arbeiterschaft zu wirken vermögen. Deshalb müßten am Dienstag Mann für Mann die Arbeiter ihre Stimmen abgeben für die Kandidaten der Sozialdemokratie. Genosse Scheabitz kritisierte noch das Verhalten der bisherigen Vertreter im Stadtparlament. Es gelte diesmal einen wichtigen Strauß zu bestehen. Möge die Gegnerschaft das Proletariat gerüstet finden. Wenn jeder seine Pflicht tut, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Weißenfels, 11. Novbr. Kontroll-Versammlungen im Landbezirke Weißenfels:

in Kötschau am 18. Nov. 9 Uhr vormittags im Munkelschen Gasthofe,

in Hohenmölsen am 18. November 11 Uhr vormittags im Ratskeller,

in Deumen am 18. November 2½ Uhr nachmittags im Gasthofe,

in Theißen am 20. November 8 Uhr vormittags im Gasthofe Zur goldenen Krone,

in Teuchern am 20. November 10½ Uhr vormittags im Gasthofe Zum Löwen,

in Schkölen am 20. November 3 Uhr vormittags im Rathause,

in Osterfeld am 21. November 8¾ Uhr vormittags im Ratskeller,

in Droyßig am 21. November 12 Uhr mittags im Preußischen Hofe.

Naumburg, 10. Nov. (Eig. Ber.) Stadtverordneten-Sitzung. Den Beschluß der Versammlung, das Mankogeld des Rendanten Kleine von 50 auf 100 Mk. zu erhöhen, erkennt der Magistrat nicht an. — Die Stadtverordneten sind damit einverstanden gewesen, daß der Magistrat für die Verwaltung der Waisen- und Milde-Stiftungs-Kasse beteuerte Beiträge als Verwaltungsgebühren angerechnet hat. Herr Bartholomäi hat hiergegen Beschwerde bei der Regierung erhoben mit dem Erfolg, daß die Regierung es für unzulässig erklärt, derartige Verwaltungsgebühren in der außerordentlichen Höhe von 20 Prozent zu berechnen. Die Stadtkasse hat dadurch einen Verlust von ca. 9000 Mk. Da nun dieses leichtfertige — pardon — bequeme Mittel, Geld in den städtischen Beutel zu bringen, durch den Regierungsentscheid verstopft ist, so genügte der Hinweis auf Erhöhung der Steuern seitens des Magistrats, daß sich die Versammlung damit einverstanden erklärte, die weitere Instanz in dieser Sache entscheiden zu lassen. Herr Bartholomäi bestreitet übrigens, daß der Stadt durch diesen Ausfall ein Schaden entstehe, weil die Stadt diese Summe sonst doch wieder mehr für die Kranken und Armen aufzuwenden habe. — Zu dem vorgelegten Anstellungsvertrag für einen Schulkastellan empfiehlt die Versammlung einige unwesentliche Aenderungen. Den erneuten Antrag der Bankfirma Müller u. Ko. auf Ueberlassung von Bauland am Ottobahnhof lehnt die Versammlung ab. — In der Marienschule sollen kleine Aenderungen in der Küche vorgenommen werden. Den Antrag, den Moritzplatz und die Straße menschenwürdig zu gestalten, hat man vertagt, weil über die Ausführung noch keine Klarheit zu erzielen war und der Kostenpunkt mit neuen Steinen 17 500 Mk. betragen soll, was auch wohl manchem bedenklich machte. Der Antrag, ein Armen- und Siechenhaus für den Preis von 32 000 Mk. zu erbauen am — Weinbergsweg, wurde zur näheren Untersuchung vertagt. Die Reparatur an der Treppe im Ratskeller gab auch heute wieder Stoff zu langen Auseinandersetzungen, verausgenommen ist nichts dabei. Die Treppe ist nicht nach dem Beschluß der Versammlung ausgeführt, bleibt aber nun so. — Ein Antrag, im Infanterielazaro einige Reparaturen im Gesamtpreis von 135 Mk. vorzunehmen, erfordert nur vier Abstimmungen und wird angenommen. — Die Straßenbahnkasse kann nicht entlastet werden, weil die Akten nicht vorhanden sind. — Die Stadtverordneten wünschen Verlegung des Hauptelephonanschlusses vom Vorzimmer des Oberbürgermeisters in das Polizeibureau, diesem Beschluß ist der Magistrat nicht beigetreten. Hier scheint ein Mißverständnis vorzuliegen. — Zu dem Punkt: Bericht der Kommission zur Ausarbeitung bestimmter Grundsätze bei Vergebung städtischer Arbeiten und Lieferungen erklärt der Magistrat, daß ihm dieser Bericht völlig unbekannt sei; hierauf verlassen die Magistratsmitglieder sämtlich den Saal. Der Bericht soll vervielfältigt und jedem Stadtverordneten ein Exemplar zugestellt werden. Nur die beiden ersten Absätze gelangten zur Verlesung und lauten: 1. Allgemeines Prinzip: Es soll an den Mindestfordernden vergeben werden, sofern die von demselben geforderten Einheitspreise als ausreichend (!) befunden werden, und nur, wenn er als leistungsfähig und sicher bekannt ist. Andernfalls an den nächsten, wenn dieselben Bedingungen zutreffen. 2. Wer soll vergeben: Die Vergebung muß erfolgen für die Bauämter von der Baudeputation, für das Gas- und Wasserwerk von der Gas- und Wasserwerks-Deputation. Eine Finanzdeputation, bestehend aus sechs Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, wird gewählt, um die sonst in Betracht kommenden Arbeiten, Lieferungen 2c. zu prüfen bezw. zu vergeben. Hierzu Schluß. Manches in dieser Sitzung hörte sich so an, als ob wir bald Stadtverordnetenwahl hätten.

Hohenmölsen, 11. November. (Eig. Ber.) Bei der verschlossenen Stadtverordneten-Wahl hat die Arbeiterschaft gezeigt, daß, wenn geschlossen vorgegangen wird, der Sieg sicher ist. Wenn wir auch mit dem Ergebnis zufrieden sein können, daß wir unsere beiden Gegner im ersten Gange aus dem Felde schlugen, so müssen wir aber für die nächsten Wahlen viel mehr Wähler für uns gewinnen, um unseren Gegnern jederzeit gegenübertreten zu können. Bisher war unser Stadtverordnetenkollegium nur aus Freisinnigen und anderen Parteien zusammengesetzt, jetzt zieht der erste Sozialdemokrat ein. Die beiden bekannten freisinnigen Helden machten alle Anstrengungen, ihren bisherigen Stadtverordneten zu retten, aber die organisierte Arbeiterschaft bereitete ihnen einen kräftigen Durchfall. Arbeiter, Parteigenossen! Die Bresche ist geschlagen, nun gilt es weiter zu arbeiten, bis sämtliche Sitze erobert sind. Drum immer vorwärts durch Kampf zum Sieg!

— (Eig. Ber.) Ein Hüter der Gesetze als Sittlichkeitsverbrecher. Am 7. November ist der Feldhüter Krüger von hier wegen Sittlichkeitsvergehen verhaftet worden. Schon mehrmals ist dieser Mensch wegen derartigen Sachen angeschuldigt worden, aber immer wieder ließ man ihn laufen. Warum? Nun, Sozialdemokrat war er nicht, aber mancher armen Familienmutter, welche für ihre Familie ein paar Kartoffeln aufgelesen hatte, verhalf er zu angemessenen Geldstrafen. So einen Mann brauchte man hier, darum fiel es sehr schwer, diesem Menschen sein Handwerk zu legen. Erklärte doch ein Bauer, nun, wenn er auch so was macht, aber ein tüchtiger Feldhüter ist er doch. Also nach dieser Aussage könnte er seine Attentate immer weiter betreiben, wenn er nur Frauen, die seinen unsittlichen Anträgen nicht Folge leisteten, zur Anzeige brächte. So weit haben wir es hier gebracht. Hoffentlich wird es jetzt nicht wieder so.

Hettstedt, 11. November. Kampf mit Wilderern. Beim Zerlegen eines Rehbocks ertappt wurden gestern vormittag im Walbecker Holze drei Wilderer. Sie kamen hierbei mit dem Forstaufseher ins Handgemenge, wobei sie ihm sein Gewehr entrissen und auf ihn einen Schuß abgaben, ohne indes zu treffen. Im Laufe des Nachmittags stellte die Polizei energische Recherchen an und konnte noch gestern abend die Arbeiter Robert Kaiser, Müller und Krüger als die Wilderer konstatieren.

Bockwitz, 12. November. (Eig. Ber.) Ein schrecklicher Unfall trug sich am heutigen Sonntag in der Brikettfabrik der Grube Emanuel zu. Bei einer Reparaturarbeit sprang der Ventildeckel des Dampfrohrs auf und verbrühte den Arbeiter Franz Harbach aus Mückenberg so schwer, daß er nach Halle gebracht werden mußte.

Elsterwerda, 12. November. (Eigen. Ber.) An der Stadtverordnetenwahl werden sich diesmal auch hier die Parteigenossen durch Aufstellung eines Kandidaten beteiligen. Diesen Mittwoch soll die Aufstellung erfolgen, und es steht zu erwarten, daß dann eine recht starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist. Dieselben Gründe, die anderwärts für das selbständige Eingreifen der Arbeiter in die Kommunalwahlen sprechen, treffen auch hier zu.

Werben (Elbe), 11. November. Choleraverdacht. Nach dem Alrm. ist hier gestern abend ein 70jähriger Mann unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Das Haus ist polizeilich gesperrt.

Wittenberg. (E. B.) Folgen des Alkohols. Vor dem Schwurgericht in Torgau fand am 9. November das Messerdrama an der Lutherei che in der Nacht vom 17. bis 18. Juni, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, seine Sühne. Wie bereits auch im Volksblatt berichtet, befanden sich mehrere Arbeiter, darunter der Maler Höpfner und der Arbeiter Richard Pape, von einem Zechgelage auf dem Heimwege; alle waren stark angetrunken. Die beiden Genannten gerieten in Streit, weil Höpfner dem Pape in der Badeanstalt sein Portemonnaie mit 7 Mark Inhalt gestohlen haben sollte (später wurde dasselbe jedoch bei Pape vorgefunden). Während des Wortwechsels wurde Pape zugerufen, daß er nicht einmal 7 Pfennig, geschweige denn 7 Mark bei sich hätte. Dadurch und noch durch andere Redensarten wurde Pape so aufgeregt, daß er vor Wut Höpfner das Taschenmesser in die Seite stieß, der nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab. In seiner Wahnung wurde Pape noch in derselben Nacht verhaftet und gab bei der kommissarischen Vernehmung seine Tat unumwunden zu. In einer späteren Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter wollte er aus Notwehr gehandelt haben. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht sagte er wieder aus, in der fraglichen Nacht sinnlos betrunken gewesen zu sein. — Die Frage nach vorsätzlicher Körperverletzung wurde von den Geschworenen bejaht, ihm jedoch mildernde Umstände zugebilligt, weil ihm ein guter Leumund ausgestellt wurde. Das Urteil lautete auf drei Jahre sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre beantragt infolge der bei der Tat bewiesenen rohen Handlungsweise. Auch sollte deshalb eine strenge Bestrafung notwendig sein, als gerade in Wittenberg Messerstecherei häufig vorkommen — Es kann bezweifelt werden, daß Schlägereien nun seltener werden sollten. Wir aus dem Volke sehen die Ursachen in anderen Verhältnissen begründet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0007

Magdeburg, 12. November. Byzanz in Magdeburg. Anläßlich des Besuches des Königs von Spanien nahm der Oberbürgermeister Veranlassung zu folgender Kundgebung:

Seine Majestät der König von Spanien haben die Gnade gehabt, der Bürgerschaft Magdeburgs allerhöchstseinen Dank für den höchstdemselben bereiteten herzlichen Empfang auszusprechen und mich mit der Uebermittelung dieses Dankes zu beauftragen. Es gereicht mir zu besonderer Ehre und Freude die allerhöchste Kundgebung hiermit zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Magdeburg, 9. Nov. 1905. Der Oberbürgermeister: Schneider.

Das ist nun eigentlich nicht spanisch sondern byzantinisch.

Stakfurt, 13. November. Ein heftiger Erdstoß wurde in der Sonnabend nacht verspürt.

Der reiche Brauereibesitzer Oettler und die Zeitzer Arbeiterschaft.

Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich am Freitag abend in der Wilhelmshöhe eingefunden, um Stellung zu nehmen zu den Maßnahmen, die der Brauereibesitzer seinen Arbeitern gegenüber einzunehmen beliebt. Der zahlreiche Besuch trotz strömenden Regens bewies, daß die Arbeiterschaft schon lange nicht mehr mit den Zuständen in der Brauerei zufrieden ist. Herr Oettler kennt auch die Stimmung der hiesigen organisierten Arbeiter. Er hat sie schon wiederholt zu kosten bekommen. Deshalb hatte er auch am Tage der Versammlung in den bürgerlichen Blättern eine lange „Aufklärung" gegeben, ebenso erschien wieder, wie vor einigen Jahren, eine „Bekanntmachung" Oettlerischer Arbeiter, in der letztere durch Nennung ihrer Namen erklären, daß sie mit der einberufenen Versammlung nichts zu tun und daß sie auch keine Lohnforderungen gestellt haben. Da schon aus früherer Zeit durch die Arbeiter selbst bekannt geworden war, wie ihre „Unterschriften" zustande gekommen sind, ziehen solche „Bekanntmachungen" nicht mehr. Jedermann weiß, daß damit nicht das Geringste gesagt wird. Dem Referenten der Versammlung, dem Genossen Stöckleinleipzig, war es denn auch ein Leichtes, die beiden Machwerke Oettlerischer Widerlegungskunst bis auf das Detail zu zerpflücken und auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Im Anfang seines Referats ging Genosse Stöcklein auf die Versuche ein, die seitens der organisierten Brauer seit Jahren gemacht sind, um die Oettlerschen Arbeiter in den Verband zu bekommen. Wiederholt ist es gelungen, wiederholt aber sind dann die Organisierten durch Maßregelungen usw. wieder aus der Brauerei entfernt worden. Löhne und Arbeitsbedingungen bei Oettler kommen aber nicht dem gleich, die in anderen Brauereien in Gera, Leipzig, Halle usw. üblich sind.

Jetzt ist nun wieder eine größere Anzahl Arbeiter organisiert. Kürzlich machte sich nun wieder eine Bewegung unter allen Arbeitern zur Erringung besserer Löhne bemerkbar. Flugs wurden einige der „Unzufriedenen" entlassen, zuletzt noch der hiesige Vertrauensmann, den Herr Oettler als Stänker und Hetzer bereichnete, trotzdem derselbe bald sieben Jahre bei Oettler arbeitete. Versprochen hat Herr Oettler zwar wiederholt Lohnerhöhungen. Die Fristen dafür sind aber so weit gestellt, daß man nicht darauf warten kann. Oettler will eben Herr im Hause sein und in keiner Weise dulden, daß die Arbeiter durch ihre Organisation bei ihm vorstellig werden. Und das ist gerade nach der Handlungsweise des Herrn dringend erforderlich. Redner geht dann auf die Aufklärungen des Herrn Oettler des einzeln ein. Die Löhne, die jetzt gezahlt werden, sind zumeist erst seit einigen Tagen aufgebessert worden. Vorher hatte man sie nicht. Dann ist die Arbeitszeit — auch die Sonntagsarbeit — bei Oettler furchtbar lang und überanstrengend. Daß Herr Oettler Feiertage mitbezahlt, ist nicht sein eigener Verdienst; dazu ist er durch das Gesetz verpflichtet.

„Als Wohlfahrtseinrichtung ist ein Baderaum vorhanden, der den Arbeitern außerhalb der Arbeitszeit unentgeltlich zur Verfügung steht." Ja, in anderen Brauereien zahlen die Arbeiter für diese ganz selbstverständliche Einrichtung auch kein Entree. „An Lesestoff liegt der Zeitzer Journalleszirkel aus." Ja, an diesem Stoff können sich die Arbeiter nicht erbauen, Volksblatt und Brauerzeitung legt Herr Oettler nicht aus. Und so fort. Alle diese Dinge sind nicht wert, daß Herr Oettler sie so mit vollen Backen anpreist. Wie mit den „Einrichtungen", so auch mit den Unterschriften zur „Bekanntmachung". Unter denselben befindet sich auch ein Volontär, Herr Karl Naumann, dessen Angehörige — auch Brauereibesitzer in Leipzig — schon lange die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Dann gibt es darunter alte Leute von 70 Jahren, die froh sein müssen, noch beschäftigt zu werden. Ein Arbeiter R. Täubert ist schon seit dem 3. Juni krank, jetzt steht er mit unter den Unterschriebenen usw. Ferner stehen darunter Leute, die auch auf einer andern Liste gezeichnet haben, nach welcher der Gauleiter berechtigt ist, Lohnforderungen für sie zu stellen. Kurz, unter dem wiederholten lebhaften Beifall der Versammlung konnte der Gauleiter konstatieren, wie die Oettlerschen Erklärungen aussehen.

In der Diskussion mußte der mitunterzeichnete Obermälzer K. Hensel erklären, daß er selbst bis vor kurzem mit den gezahlten Löhnen nicht zufrieden war und selbst gewünscht hatte, daß es bei Oettler besser würde. Jetzt ist er zufrieden mit den Zuständen. Er verließ auch gleich nach dieser Erklärung die Versammlung, in der ihm doch wohl schwül wurde. Mehrere andere bei Oettler Beschäftigten gaben den wirklichen Sachverhalt der Zustände bekannt. Nach längerer Debatte **wurde dann einstimmig beschlossen, das Oettler Bier nicht mehr zu trinken.**

Am Sonnabend früh hat Herr Oettler einen Arbeiter, der in der Versammlung zur Diskussion das Wort ergriff, sofort wieder gemaßregelt. Die Arbeiter ersehen daraus, daß Herr Oettler den Kampf will. Nun wohl, die Arbeiter müssen für ihre Mitbrüder eintreten. Sie müssen Herrn Oettler bedeuten, daß der „Herr-im-Hause-Standpunkt" ein überwundener ist.

Die Arbeiterschaft in Zeitz meidet so lange das Bier der Brauerei Oettler, bis die Arbeitsverhältnisse bei Oettler wirklich bessere geworden sind und die Organisation sich Anerkennung verschafft hat.

Aus dem Reiche.

Fürstenwalde Prinzeß Cecilienkranz. Ein spekulativer Bäckermeister ist auf die Idee gekommen, seinen Kranzkuchen „Prinzeß Cecilienkranz" zu nennen. Er wandte sich nunmehr an die Kronprinzessin, welcher er eine Probe dieses Kranzkuchens einschickte und um die Erlaubnis bat, denselben „Prinzeß Cecilienkranz" zu nennen. Die Kronprinzessin ließ ihm darauf aus ihrem Kabinett mitteilen, daß der übersandte Probekranz ihren Beifall gefunden habe und daß sie daher gern gestatte, daß das Gebäck den Namen „Prinzeß Cecilienkranz" führe.

Der „Prinzeß Cecilienkranz reiht sich dem „Bismarckhering" und dem „Bülowweizen" würdig an.

Löbau. Unerbittliche militärische „Gerechtigkeit". Bürstenmacher Rentsch aus Löbau war im Jahre 1874 wegen schlechter Behandlung von seinem Truppenteil desertiert und ins Ausland gegangen. Im Jahre 1898 kehrte er nach Sachsen zurück in der Annahme, daß Verjährung eingetreten sei. Er blieb auch Jahrelang unangefochten. Neuerdings aber wurde er verhaftet und wegen Desertion zu sechs Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Die Behörden hatten die Verjährung durch zeitweilige Erneuerung des Steckbriefes unterbrochen.

Annaberg. (Sachsen.) Ein guter Schütze. Statt einen Hasen — zwei Frauen, einen Mann und drei Kinder angeschossen, hat gelegentlich einer Treibjagd auf Sehmaer Revier ein Jagdteilnehmer. Die Arbeiterfrauen führten an der Waldlisiere ihre Kinder spazieren, als der verhängnisvolle Schuß fiel. Die Schrotkörner drangen ihnen in Kopf, Arme, Brust und Beine. Das jüngste, etwa ein Jahr alte Kind wurde in dem Moment des Unfalles von der Mutter auf dem Arme getragen. Außerdem wurde ein Bruder des unvorsichtigen Schützen verwundet. Während die Verletzungen der Frauen des Mannes, sowie des einen Kindes nur leichter Natur sind, ist die Verwundung bei dem kleinen Kinde nach Aussprach des Arztes lebensgefährlich, so daß nur wenig Hoffnung besteht, es am Leben zu erhalten. Sämtliche angeschossenen Personen befinden sich in ärztlicher Behandlung. Der Urheber des bedauerlichen Unglücks hat sich sofort der Behörde gestellt.

Kottbus. Bauunglück. Ein Maurermeister und ein Maurer sind in Dachhöhe eines vierstöckigen Neubaues mit dem umstürzenden Zierviebel abgestürzt; ersterer erlitt einen Schädelbruch und starb; letzterer wurde lebensgefährlich verletzt.

Beuthen. Grubenunglück. In der Sonnabend-Nacht fanden auf dem Krugschachte der Königsgrube beim Oeffnen der Brandmauer einer abgebauten Strecke drei Bemte ihren Tod durch Einatmen giftiger Gase. Zwei Höuer wurden schwer verletzt. Zwei Leichen sind bereits geborgen.

Dortmund. Opfer der Arbeit. Durch Berstungen eines Schwungrades auf der Dortmunder Union wurden zwei Arbeiter getötet und drei verletzt.

Siegen. Zwischen die Puffer gekommen ist auf dem Bahnhofe der Wagenmeister Bäumer; er war sofort tot.

Offenburg. Ein netter Bürgermeister. Von der Strafkammer wurde dieser Tage der Bürgermeister Jakob Jockers von Sand (Amt Kehl) wegen Anstiftung zur Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilt. Ein Vorfahre in der Bürgermeisterwürde derselben Gemeinde wurde vor einigen Jahren samt der Wahlkommission wegen Fälschung des Reichstagswahl-Ergebnisses zugunsten der Nationalliberalen eingesperrt.

Vermischtes.

* **Durch ein heftiges Erdbeben** wurden die beiden Klöster auf dem Berge Athos (Türkei) zerstört.

* **Für eine Million Bücher verbrannt.** In Paris zerstörte eine Feuersbrunst das Warendepot der bekannten Buch- und Kunsthandlung Hamard.

* **Fabrikeinsturz.** In Antwerpen ist in der Sonnabend Nacht die Maizfabrik Lambrecht aus unbekannter Ursache eingestürzt. Acht Arbeiter wurden verschüttet. Um 2 Uhr nachts waren drei Leichen zu Tage gefördert, später wurden die übrigen Arbeiter schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen. Man vermutet, daß der Zusammensturz infolge Ueberlastung der Speicherräume erfolgt ist.

Letzte Nachrichten.

Revolution in Rußland.

Warschau, 13. November. In den Gruben der Fabriken von Dombrowa hat sich die Situation verschlimmert. Viele Polizisten sind getötet worden, die übrigen flohen. Eine Arbeitermiliz sucht die Ordnung aufrecht zu erhalten. Eine bisher insgeheim verbreitete Zeitung der Arbeiter, der Gornik, erscheint jetzt ganz öffentlich. In der Umgegend von Kutno sind Bauernunruhen ausgebrochen. Wegen des starken Schneefalls sind die Fernverbindungen mit dem Auslande unterbrochen.

Berlin, 13. Nov. In der Nacht zum Sonntag versuchte der Fabrikarbeiter Preuß in seiner Wohnung in der Brunnenstraße sich und seine zwei Kinder von 11 bezw. 3 Jahren durch Leuchtgas zu vergiften. Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg. Man brachte Preuß und seine Kinder in die Charitee.

— In der Petersburgerstraße stürzte sich die 27 jährige Frau des Kaufmanns Rieke mit ihrem 3 jährigen Söhnchen aus dem Fenster ihrer im vierten Stock belegenen Wohnung und erlitt schwere Verletzungen, während das Kind unverletzt blieb.

Dresden, 13. November. Die sozialdemokratische Partei Sachsens erläßt einen Aufruf, nach den Vorgängen in Rußland und Oestreich durch Massen-Versammlungen am 18. und 19. November für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Landtag mit Proportionalsystem zu demonstrieren.

Tokio, 13. Nov. In der Bevölkerung herrscht große Erregung gegen die Behandlung des früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses und dreier Parlamentsmitglieder im Gefängnis. Die Betreffenden waren wegen politischer Vergehen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Görlitz, 13. November. In der Nacht zum Sonntag wurde die 9 jährige Tochter des Arbeiters Klaß in der elterlichen Wohnung ermordet aufgefunden. Es liegt Lustmord vor, doch fehlt von dem Täter jede Spur.

Emden, 13. November. Die Elsflether Heringsbarke Burhard strandete auf der Baltrumer Bak. Neun Mann der Besatzung ertranken.

Wien, 13. November. Die Sozialdemokraten veranstalteten gestern fünf Wahlrechtsversammlungen, nach deren Schluß eine Demonstration vor dem Parlament veranstaltet wurde, die ohne Zwischenfälle verlief.

Innsbruck, 13. November. Die Eisenbahn-Angestellten Tirols beschlossen in einer Massen-Versammlung trotz der vom Ministerium neu herausgegebenen Instruktion an der Obstruktion festzuhalten. Nach der Versammlung fand eine Demonstration vor dem Bahnhofe statt.

Budapest, 13. November. In Fünfkirchen wurde ein berittener Zug, der zum Empfang des Grafen Apponyi und der Koalitions-Abgeordneten aufgestellt war, von einer tausendköpfigen Menge auseinandergetrieben. Graf Apponyi und sein Gefolge wurden mit einem Steinhagel empfangen und konnten nur unter starker militärischer Bewachung in die Stadt gelangen. Zu ihrem Schutze griff wiederholt Militär mit blanker Waffe ein.

Rom, 11. November. Gestern abend fanden hier antimilitärische Kundgebungen statt, an denen sich mehrere tausend Personen beteiligten, darunter zahlreiche Rekruten.

Briefkasten der Redaktion.

Annaburg. Es ist doch wohl ausgeschlossen, daß wirklich einige der dortigen Abonnenten es fertig brächten, das Volksblatt abzubestellen, weil es nicht die preußischen Lotterielisten veröffentlicht. So sehr kann sich kein Arbeiter ins Gesicht schlagen; denn er beweise damit, daß er den Wert seines Blattes mit dem Maßstabe eines ganz engherzigen Philisters mißt. Vor nunmehr zehn Jahren hat das Volksblatt aufgehört, die Gewinnlisten zu veröffentlichen, und zwar auf Grund eines Beschlusses, den eine große Parteiversammlung fast einstimmig faßte. Die Gründe waren mannigfacher Art. Zunächst muß die Sozialdemokratie grundsätzlich gegen Veranstaltung staatlicher Glücksspiele sein; dann konnten — selbst wenn man dieses grundsätzliche Bedenken beiseite lassen wollte — immer nur die höheren Gewinne veröffentlicht werden, nicht die vollständige Gewinnliste; drittens waren fortgesetzt ärgerliche Druckfehler auf den von Berlin bezogenen Platten enthalten; viertens gab es viel mehr Arbeiter, die ganz entschieden dagegen auftreten, daß das Volksblatt das Zugeständnis an die Spielleidenschaft mache, als es auf der anderen Seite solche Arbeiter gab, die den Abdruck der Listen wünschten, und fünftens sprachen sich auch solche Abonnenten, die an der Lotterie beteiligt sind, dahin aus, in unser Blatt gehörten solche Listen nicht, wohl könnten die Gastwirte, bei denen die Arbeiter verkehren, veranlaßt werden, auf die amtlichen Ziehungslisten zu abonnieren, so daß jeder Spieler leicht Gelegenheit hat, nachzusehen. Diese Gründe waren damals entscheidend und sind es heute noch in gleichem Maße. Wir wiederholen deshalb, daß es wohl ausgeschlossen ist, ein Arbeiter könne heutzutage noch so rückständig sein, daß er das Abonnement auf sein Blatt aufgibt, weil es nicht die Gewinnlisten der Staatslotterie veröffentlicht.

Prettin. Die Gebühren für eine Grabstelle sind dieselben für die, welche der Kirche angehören, wie für die, welche ausgetreten sind.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd. Steinweg 2), 10. November.

Aufgeboten: Arbeiter Bürgel und Klara Henne (Krukenbergstraße 10 u. Ludwig Wuchererstr. 57). Architekt Reinheimer und Anna König (Leterchen und Schillerstraße 23).

Geboren: Maurer Weinholz T. (Angerweg 11). Marktbelfer Marx S. (Tritstraße 35). Lederzurichter Macke S. (Fleischerstraße 34). Schneidermeister Böttig Zw.-T. (Lessingstraße 18). Postboten Richter T. (Albrechtstraße 24). Fleischer Marscheider T. (Dessauerstraße 20).

Gestorben: Werkmeister Krause, 65 J. (Dryandenstraße 28). Geschirrführers Barich S., 6 J. (Wittekindstraße 15). Handelsmanns Uhlig T. aus Gr.-Görschen, 11 J. (Diakonissenhaus).

11. November.

Aufgeboten: Diplom-Ingenieur Wittgenstein und Hedwig Standke (Leipzig). Töpfer Tischner und Anna Schönbrodt (Lissen und Bitzichendorf). Bergmann Genth und Emma Zähne (Dederstedt).

Eheschließungen: Dachdecker Anspach und Anna Jacob (Bölbergasse 24 und Unter Teutschenthal). Arbeiter Lohann und Frida Klauß (Bännerhöhe 56). Buchbinder Lorenz und Anna Letzler (Domstraße 1) Arbeiter Kaltenborn und Elsbeth Kleinlein (Glaucharstraße 52 und Saalberg 16). Geschirrführer Kreidemeier und Berta Spindler (Thomiusstraße 4). Maschinenformer Nojack und Martha Peters (Jakobstraße 15). Arbeiter Weise und Berta Winkelmann (Steinweg 50). Lehrgraphenarbeiter Stein und Hedwig Scherff (Leipzig und Merseburgerstraße 161). Geschirrführer Pontier und Anna Wirth (Könnern und Kleine Brauhausstraße 14).

Geboren: Arbeiter Fritz S. (Wiesenstraße 7). Arbeiter Auerbach S. (Brunosmarte 32). Handarbeiter Schröder T. (Schmiedestraße 23). Gerbermeister Scholz T. (Zwingerstr. 21/22). Tischler Holz S. (Schülershof 16). Handarbeiter Kohlberg T. (3. Vereinsstraße 7).

Gestorben: Barbiers Hildebrandt T., totgeb. (Klinik). Eisenbahnschaffners Pollin T., 9 Mon. (Eibenauerstraße 11). Schneiders Sauerbier S., 1 Mon. (Kleine Klausstraße 11). Wurstfabrikanten Brodthuhn S., totgeb. (Große Brauhausstraße 29). Töpfers Hiller S., 1 Woche (Jakobstraße 21). Lehrer emer. Radecke, 80 J. (Steinweg 1). Witwe Riedel geb. Jäger, 72 J. (Siechenhaus-Stiftung). Bergarbeiter Gründler, 51 J. (Bergmannstroß). Tischler Holz S., totgeb. (Schülershof 16). Anna Kramm, 18 J. (Klinik).

Halle (Nord, Burgstraße 36), 10. November.

Aufgeboten: Arbeiter Kaiser u. Martha Schondorf (Kleine Klausstraße 5 und Albrechtstraße 24). Architekt Oechsner und Barbara Pokorny (Würzburg und Halle a. S). Arbeiter Stenzel und Barbara Majurowski (Schwarzin und Locken).

Geboren: Buchdrucker Günther S. (Kuttelhof 7). Geschirrführer Trautmann S. (Große Schloßgasse 13). Kaufmann Rehbein T. (Albert Schmidtstraße 3). Speditionsarbeiter Ehrt T. (Glaucharstraße 19). Arbeiter Ochse S. (Bergstraße 5). Arbeiter Rehmich S. (Jakobstraße 41). Schuhmacher Schmidt T. (Schlosserstraße 2). Eisenbahnlademeister Thomas S. (Thomasiusstraße 43).

Gestorben: Anna Brand, 18 J. (Klinik). Arbeiter Schaaf, 67 J. (An der Moritzkirche 4). Witwe Gruneberg, 54 J. (Glaucharstraße 62). Knecht Eichke Ehefr., 38 J. (Klinik). Arbeiter Gatza S., 1 J. (Dryandenstraße 15). Witwe Apel, 76 J. (Klinik). Gerichtsassistenten Brebom S., 3 J. (Bergmannstroß). Maurers Ruft S., 1 J. (Bännerhöhe 32). Fabrikarbeiters Laurisch S., 2 Mon. (Thomasiusstraße 4). Eisenbahnlademeisters Thomas S., 1 Tag (Thomasiusstraße 43). Kaufmann Lowitzsch, 51 J. (Thomasiusstraße 47).

11. November.

Aufgeboten: Klempner Winkler und Pauline Wolff (Leipzig-Thonberg und Triftstraße 22).

Eheschließungen: Arbeiter Schulze u. Wilhelmine Herzog (Körnerstraße 27 und Gr. Brunnenstr. 11). Bergmann Walter und Emma Dornack (Ober-Teutschenthal und Gr. Wallstr. 39). Fabrikarbeiter Schulze u. Anna Fromann (Gr. Brunnenstr. 24). Meldeschreiber Blume und Luise Henke (Leipzigstraße 7 und Körnerstraße 27).

Geboren: Fabrikarbeiter Lohse S. (Wörthstr. 6). Bureaugehilfen Frohberg Zw.-T. (Eichendorffstr. 24). Postboten Lehmann T. (Am Kirchtor 26). Tapezierer Senf T. (Wilhelmstr. 24). Lokomotivheizer Stuck S. (Götzestraße 32). Maler Braune S. (Trotznaerstraße 82). Bauarbeiter Weiße S. (Hermannstr. 26). Fabrikarbeiter Gröst S. (Kurfürstenstraße 79).

Gestorben: Pastor Knoth, 88 J. (Hohenzollernstraße 39). Bauarbeiters Weiße S., 4 Tage (Hermannstraße 26).

Quittung.

Am Stammtisch bei Kautzsch, Martinsberg, zur Stadtverordneten-Stichwahl gesammelt 2.50 Mk. Leptig.

Quittung.

Für die ausgesperrten Textilarbeiter: aus Rehmsdorf 1.65 M. M. Güldenberg.

Zeitz.

Die Auskunftsstelle Zeitz in allen gewerblichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten über Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, Mietsfragen, Dienstboten Angelegenheiten u. s. w. befindet sich in der Ritterstraße 18 und ist geöffnet Montags, Mittwochs Freitags von 6—8 Uhr abends.

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219051114-14/fragment/page=0008